

D R I T T E R W E G

für eine

MARKTWIRTSCHAFT *ohne* PRIVATKAPITALISMUS

und für einen

SOZIALISMUS *ohne* STAATSKAPITALISMUS

Nummer 73 Herbst 2011

„Unser Geld ist eine Illusion“

**US-Präsident Obama hat etwas kapiert – und lebt
zunehmend gefährlich**

Man traut seinen Ohren nicht, aber der US-Fernsehsender „Fox News“ hat es dokumentiert, in seiner Sendung „60 Minutes“. Demnach weiß US-Präsident Obama mehr, als er normaler Weise wissen darf.

In einem Interview mit dem Sender ließ Obama die Hosen runter und erklärte freiweg, dass die aktuelle Finanzkrise darauf beruhe, dass durch Zinseszinsseffekte immer mehr Schulden entstünden und deshalb immer Schuldner gesucht werden müssten. Wörtlich: „Unser Geld ist eine Illusion“

„Die FED macht Geld aus dem Nichts“

Die Journalisten wollten das genauer wissen. Obama: „Geld ist nichts anderes als Schulden. Das Geld, das Sie in der Tasche haben, sind die Schulden eines anderen. Geld entsteht nur durch Schulden.“ Und die FED; die US-Notenbank, erschaffe Geld „aus dem Nichts“.

Es kam aber noch dicker. Mister Präsident räumte ein, er habe zuvor mit Zentralbankchef Bernanke über die Probleme gesprochen – dieser habe ihm aber geraten, die Fakten lieber nicht an die Öffentlichkeit zu bringen.

Obama; Ein neues Geldsystem sei eine „schwierige Angelegenheit“ – der letzte Präsident, der dies versucht habe, habe das mit dem Leben bezahlt.

Der Journalist Meißner veröffentlichte dies in der Wochenzeitung „Der Schlesier“ am 6. 6. 2011. Wer konnte in welcher Zeitung diese Meldung lesen und in welcher Sendung sehen oder hören? Wollen die großen Medien diese Nachricht unterdrücken – in wessen Interesse? Es ist ja nicht erstmalig, dass eine wichtige Nachricht alternativer Politik einmal auftaucht und dann „vom Markt genommen wird“. Bei der letzten Zeile ist nicht ganz klar, ob Herr Meißner sie Präsident Obama in den Mund legte oder ob dieser selbst sagte, der letzte Präsident, der dies versuchte, bezahlte es mit dem Leben. Gemeint war John F. Kennedy. Er rüttelte am US-Notenbanksystem, das immer noch ein Privatbanksystem ist. **Ob seine Ermordung etwas damit zu tun hat: Durfte das weder damals noch heute juristisch geklärt werden?.**

Gedanken zum Afghanistankrieg vor 10 Jahren, ausgelöst durch die Zerstörung des Welthandelszentrums in New York am 11. September 2001 --- und zur Entscheidung des UN-Weltsicherheitsrats Anfang September Palästina als selbständigen Staat anzuerkennen.

Wir nahmen in Nr. 43 ALTERNATIVEN im Frühjahr 2002 ausführlich unter „Mazedonien und Afghanistan im Fadenkreuz des anglo-amerikanischen Rüstungskapitals“ und zum arabisch- israelischen Konflikt in Nr. 59 unter „Stabile Friedensordnung in Nahost!“ in der Winterausgabe 2006/07 Stellung und können die jeweils mehrseitigen Aufsätze je gegen € 2, 50 kopieren und zusenden:

In wenigen Tagen werden die Erinnerungen an die Zerstörung des Welthandelszentrums als Terrorakt der islamischen Terrorgruppe Al Kaida beginnen, obwohl kein neutraler und unabhängiger Prozess die Alleinschuld von Al Kaidai an diesem grausamen Akt mit über 3000 Toten feststellte. Noch in den ersten Nachrichten gab es verschiedene Versionen von Augenzeugen. die zuerst von Explosionen im Inneren der Gebäude berichteten. Erst danach kamen Meldungen von den Einschlägen der auf die Türme des WTC stürzenden Flugzeuge. Gab es Explosionen in den Türmen, so wurden sie nur im Inneren ausgelöst. Wenn einer der Architekten 1988 sagte, die Gebäude halten 2000 Grad Hitze aus, dann können sie nicht nur durch die einschlagenden Flugzeuge zerstört worden sein, denn Kerosin löst nur kurze Zeit 1000 Grad Hitze aus. Diese Fragen hätten durchaus durch Einsturz-Modelle geklärt werden können, die von der US-Regierung offensichtlich nicht gewollt wurden. Geheimdienstexperten sagten, eine so umfassende Planung mit hunderten Einzelheiten können nur Geheimdienste ausführen, wobei sie externe Gruppen wie El Kaida, die auch dieses Ziel hatten, in die Planung integrieren können, ohne dass diese ihre Fremdsteuerung merken. Wir hatten damals auf Ungereimtheiten hingewiesen, die nie geklärt wurden. z.B., dass Mitarbeiter des Senders CNN nicht in ihren Büros im WTC waren, aber von Anfang an über den Akt berichteten und dass ca. 4000 israelischen Angestellte nicht an ihren Arbeitsplätzen waren. Statt diese Fragen einwandfrei zu klären, begann die US-Regierung sofort mit dem Kreuzzugskrieg gegen die zu Alleinschuldigen gestempelte Al Kaida, die im von der Taliban regierten Afghanistan Zuflucht fanden. Die rotgrüne Regierung in Deutschland schloss sich dem Krieg gegen Afghanistan an. Außer den Professoren Chomsky (USA) und Chossudowsky (Kanada) ging kaum jemand der Frage nach, wer wohl ein Interesse an einer militärischen Niederlage der Taliban-Regierung und der Besetzung Afghanistans und zu welchem Zweck gehabt haben kann. Und das erklärt das Interesse von US-Kräften die Absichten von Al Kaida nicht zu verhindern, sondern gelingen zu lassen, um die Welt vom Kreuzzug gegen Al Kaida zu überzeugen und zu verdecken, dass die Besetzung Afghanistans allein im Interesse der US-Ölkonzerne lag um die enormen Erdgas- und Erdöllager rund um das Kaspische Meer und in den Weiten Kasachstans vor den Chinesen zu erschließen und so den US-Wirtschaftsvorsprung vor China noch einige Zeit zu halten, Trotz 10-jährigem Krieg gelang nicht 1 km Erdgas- und Erdölpipeline, über die die USA vorher mit der Talibanregierung verhandelten. Diese sollte dann über Pakistan die Ölversorgung der USA sichern.

Zur Anerkennung des Staates Palästina durch den Sicherheitsrat. Wenn dies in den letzten Augusttagen gelingen sollte, bricht zwar nicht automatisch in Nahost der Frieden aus. Aber es kann eine wichtige Voraussetzung für ein normales Miteinander beider Staaten und Völker geschaffen werden. Mehr als 120 Staaten unterstützen dies. Widerstand leisten Israel selbst und die USA. Die EU und Deutschland waren vor kurzem noch unentschlossen. Die in USA ansässige Weltbürgerorganisation avaaaz sammelte bereits über 400. 000 Unterschriften um Druck auf die Politik auszuüben und bleibt bis zu letzt am Ball. A3W hat sich bereits in die Listen eingetragen. Zwar sind neue Staaten nicht unmittelbar Ziele liberalsozialer Politik, aber in gefährdeten Regionen wie im Nahen Osten vermutlich erst einmal unumgänglich, wobei Araber, die seit der Staatsgründung 1949 Staatsbürger Israels sind, frei entscheiden sollten, ob sie in Israel bleiben oder Bürger Palästinas werden wollen. Da auf Dauer beide selbständige Staaten nur schwer überleben können, sollten bald Schritte eingeleitet werden, um in verschiedenen Bereichen, z. B. der Wirtschaft beide Staaten miteinander zu verzahnen. Dabei sollten Jordanien und Libanon einbezogen werden, damit sich bald ein Staatenbund, die Vereinigten Staaten Nahost bilden können. Diese waren seit 1971 Ziele einer arabisch. israelischen Vereinigung. Stützen einer immer engeren Zusammenarbeit und zur Stärkung des Friedens- und Vereinigungswillen beitragen könnten gemeinsame Ideale der dort vertretenen Religionen besonders im gesellschaftlich und wirtschaftlichen Bereich. Im Altertum sorgte das Jubeljahr dafür, dass keine Dauerverschuldung entstand, sondern durch Verschuldung von ihrem Besitz Vertriebene nach 50 Jahren zurückkehren konnten. Alle drei Religionen der Region ächten den Zins mehr oder weniger stark. Die Christen haben das am stärksten vergessen, die Juden sollten das wenigstens untereinander wieder pflegen und die Islamiten sich offensiver dazu bekennen. In ihren Banken wird das Zinsverbot am stärksten beachtet. Hier können sich Tugenden entwickeln, die eine soziale Wende in der Region bewirken könnten

Statt von EURO-Krise zu EURO-Krise – und jetzt zur nächsten Krise der Realwirtschaft und zum Kollaps von EURO, Dollar und Weltwährung zu stolpern – den EURO als UMLAUFGELD antikapitalistisch retten . Georg Otto

Jüngste hinter Aufschwungparolen versteckte Krisenmeldungen werfen die Frage auf, wie im Kapitalismus Krisen und Konjunkturen wechseln. Wir skizzieren dazu die gängigen Krisentheorien von Marx (1), Gesell und Keynes und fragen ob wir kurz vor der nächsten „handfesten“ Krise mit wieder mehr Arbeitslosen stehen. Im Stolpern von einer Krise zur nächsten gab es 2010 und 1. Hälfte 2011) zwar fast 1 Millionen neue Arbeitsplätze. Allerdings viele unter schlechteren Bedingungen!. Kürzlich war zu lesen, dass die Reallöhne sinken und die Inflationsrate mit 2,6 % das Limit erreicht, das der EURO-Vertrag mit 3% erlaubt. Das stimmt nicht mit dem positivem Bild überein, das die Kanzlerin nach „erfolgreichem“ Abschluss der jüngsten Griechenlandrunde vom „Aufschwung“ verbreitet. Mit diesen gegensätzlichen Bildern kommen ja viele Leute nicht klar, denn mit dem neuen 109 Mrd Paket für Griechenland steigen auf jeden Fall die Bürgschaften und Schulden der Gläubigerländer. Bei uns kletterten die Schulden lt. Bund der Steuerzahler im Februar über die 2 Billionen-Grenze. Das sind ca. 25 % des Jahresprodukts. Gleichzeitig ist es ein Teil des Geldvermögens der reichen Staatsgläubiger, denen wir Steuerzahler jährlich bald 100 Mrd. € Zinsen zahlen müssen. Dabei bleibt der Staat weiter arm und muss für die „dringendsten Aufgaben“ weiter Schulden machen . **Ein Durchgangsposten, der die Klassenspaltung in arm und reich vergrößert!**

Rentierten sich Investitionen wieder oder rutschen wir deshalb früher in die nächste Krise ?

In vielen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit sogar. Dorthin wird unser Export sinken. Die Krise räumte viele Lager, so dass 2010 Platz wurde für Neuproduktionen. Die Neueingestellten hatten einzeln weniger, zusammen mehr Geld in der Tasche. Unternehmen steigen nur auf Konjunktur um, wenn es sich rentiert. So kam also auch das Kapital wieder zu seinem „Recht“ und es stiegen Zinseinnahmen und Dividenden. Der Rubel rollte wieder und die großen Geldhorte, die die Bundesbank für das schärfste Krisenjahr 2008 mit € 55- 65 % der Geldmenge zugab, wurden geleert: „Geld investierte wieder“. **Und das soll schon wieder vorbei sein?.**

So etwa Silvio Gesell. Das wird von der Liquiditätstheorie John

Maynard Keynes ergänzt. Sie ist einfacher als es klingt. Wenn ich viel Geld habe, bin ich „liquide“= gut geldflüssig. Im Altertum nannte man nach dem reichsten Mann in Kleinasien einen Reichen, einen Krösus, nämlich nach dem König von Lydien. Krösus machte das Geld zählbar. Früher garantierte der Staat in Goldbarren eingestempelt, dass so viel Gold im Barren ist, wie gestempelt war, was Betrug nicht ausschloss. Krösus zählbare Münzen erleichterten den Handel. Wurde Krösus so reich, weil er beim Herstellen der Münzen für den Staat schummelte? --- Wer also viel Geld hat, ist liquide. Und wenn der Zins nach guter Konjunktur auf 3 % sinkt und bei weiterer Konjunktur weiter in Richtung 2% fallen würde, dann steigt die Vorliebe für Liquidität, für Geld flüssig zu halten, und dies noch aus einem weiteren

Die Bereitschaft des Geldkapitals zu Investitionen fällt und macht Geldhortung oder Spekulation Platz, wenn als Folge guter Konjunktur die Kapitalrenditen wieder sinken. Geldkapital hält sich dann von Investitionen wieder zurück. Im 19. Jahrhundert dauerte das noch regelmäßig 10 Jahre bis durch gute Arbeit so viel Kapital gebildet wurde, dass der Zins immer tiefer in Richtung 3% fiel. Das ist die Grenze unter die der Zins eigentlich nicht fallen kann, **weil das dem Kapital zu wenig ist. Es lohnt sich nicht länger in Maschinen oder Fabriken zu investieren, weil jedes mehr an Kapital die Konkurrenz unter den Kapitalien steigern und der Zins immer tiefer drückt in den „unrentablen Bereich“, in Richtung 2, 1, 0 %**

Grunde. Habe ich, bes. in der Krise, Aktien, also Anteile einer Fabrik, oder Staatsanleihen – Versprechen des Staates mindestens die Zinsen zu zahlen, oder gar eine Fabrik, die bald pleite ist, muss ich erst einen Käufer finden und kann oft nur mit Verlust verkaufen, um liquide zu werden. Bin ich vor der Krise rechtzeitig auf Geld umgestiegen, so habe ich einen Vorteil. **Ich kann mich sofort entscheiden, um ein anderes Sach- Boden- oder Geldvermögen günstig zu erwerben.** Und diese Freiheit, die mir mein liquides, mein flüssiges Geld gewährt, ist so viel wert, **wie eine auf 3% sinkende Kapitalanlage, die mich gerade zum Umsteigen ins Geld verleiten will.** So schwanken Liquiditätsprämie und Durchschnittsrendite um 3%, wenn die Konjunktur in die Krise umschlägt. Als Kapitalist verzichte ich um des Vorteils jederzeitiger Entscheidungsfreiheit auf den auf 3% sinkenden ZINS. Und genau diese Geldhortung ist dann die Ursache für die nächste Krise!

Trotz „Erfolg“ im Fall Griechenland -- Sorgen um den Aufschwung ?

Mit dem neuen Griechenland –Paket (20. 6. 2011) wollen die Regierungschefs die EU in Richtung TRANSFER-UNION (3) umformen, wenn andere Länder unter den Rettungsschirm flüchten müssen. Die nächsten sind Spanien und Italien mit Schulden bei 140% Inlandsprodukt. Griechenland 150%, Portugal bei 85% und wir dicht dahinter mit 83%. Da schlich sich am 21.Juli eine Meldung in die Zeitungen: Das Mannheimer Zentrum für Europ. Wirtschaftsforschung – das ZEW – lässt unter dem Eindruck der Schuldenkrise auf beiden Seiten des Atlantiks die Wirtschaftsforscher um den deutschen Aufschwung bangen,-.,„Im Juli schätzten sie die Konjunkturaussichten so miserabel ein, wie seit Anfang 2009 nicht mehr“. Zu dieser Aussage hatte das Institut 300 Analysten und Anleger **befragt**. „Der ZEW-Index sei im Vergleich zum Vormonat um 6,1 Punkte auf minus 15.1 Punkte gefallen. ...

Im 19. Jahrhundert war der

Krisenabstand 10 Jahre und sank infolge steigender Produktivität der Arbeit auf 7 Jahre: 1900, 1907, 1914, (3), in den USA 1921 (in Europa „fiel sie aus“ wegen den Nachkriegsinflationen) und 1929 zur Weltwirtschaftskrise. Nach Weltkrieg II schrumpften die Abstände auf 4-6 Jahre. Mit der ersten Krise nach dem Kriege mit 5 Mill. Arbeitslosen fiel auch die Konjunkturspritze vom Koreakrieg 1950/51 zusammen . Mit der Rezession 1966/67 glichen sich die Konjunktur- und Krisenzyklen wieder weltweit an. Damals sah der belgische Trotzkiist Prof. Ernest Mandel den Weltkapitalismus wieder im Gleichschritt von Konjunktur zur nächsten Krise , bei immer schnelleren technischen „Fortschritten“ der Freisetzung von Arbeitskräften In der Zeit der Inflationsbekämpfung mit Hochzins Mitte der 70er, Anfang der 80er und 90er Jahre wurde die Krise als Systemkrise verdeckt und als solche erst wieder vor

2007/2008 brach die Krise als Finanzkrise mit großen Spekulationen und Hortungen massiv über die Welt herein. Die Bundesbank gab Geldhortungen mit 55 – 65% zu. Und zwar in ihrem Monatsbericht vom Juni 2009. Als SYSTEM-KRISE, nämlich als reine Rentabilitätskrise, hätte sie sich noch etwas Zeit lassen können bis Tempo und Ausmaß des Angebotes in Industrien und Dienstleistungen wieder so stark auf die Rendite des Sachkapitals gedrückt hätten, dass immer mehr Kapitalisten aus dem produktiven Kapital ins abwartende HORT-KAPITAL umgestiegen wären. - Besonders Neueinsteiger brachen auch schlicht zusammen -

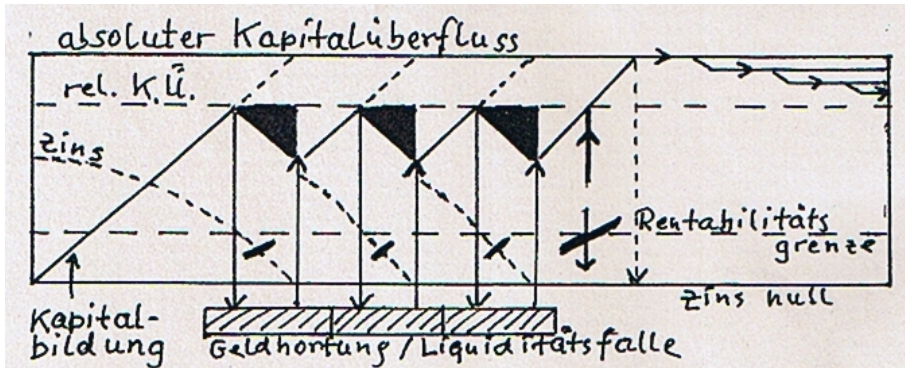
Auch die Lage der USA werde mit Sorge betrachtet. Der Indexrückgang sei der fünfte und entfernte sich mit minus 26,3 Punkten vom Mittelwert. ZEW-Präsident W. Franz fragte „**wie lange läuft der Konjunkturmotor mit hoher Drehzahl ?**“ Für den EURO-Raum ergebe sich wie für Deutschland eine um 1.1 niedrigere Erwartung.

Entsprechend negativ war ein Bericht „Neue Jobs meistens kurzfristig und niedrig bezahlt.“ Auch vom 21. 7. und vom 23. 7. in den in Sachen Wirtschaft der Lüneburger Zeitung redigierten Zeitungen im mittleren Niedersachsen, so der LDZ-Leine-Deister Zeitung: „**Barometer sinkt deutlich. Ifo-Index: Stimmung trübt sich deutlich ein**“ Der Ifo-Index sank von 114,4 auf 112,9. Export-Firmen „drosseln Erwartungen“. Ifo-Chef HW. Sinn beruhigte: Von einer Schwäche der Wirtschaft ist nicht zu sprechen.

Ende des Jahrtausends sichtbar, als sie unter Kanzler Helmut Kohl ihren Höhepunkt mit 4,7 Mill. Arbeitslosen erreichte und durch Wahl von rot-grün im Herbst 1998 die neue Regierung 1999, 2000 und 2100 die Segnungen eines ersten Aufschwungs mit einigen hunderttausend Neubeschäftigungen und guten Steuereingängen genoss und leichtsinnig eine Steuerreform unter Finanzminister Eichel startete, die den Besserverdienern mehr brachte, als den unteren Steuerzahlern. Die Steuerreform war noch nicht ausgeführt, als der nächste Abschwung 2002 schon begann, die Zahl an Arbeitslosen 2004/2005 die von Helmut Kohl gering überschritt und die Pleiten von Unternehmen wieder 40 000 erreichten. Bekanntlich riskierte Gerhard Schröder rot-grün, indem er die vorgezogene Wahl 2005 provozierte und verlor. So konnte Angela Merkel eine schwarz-rote Koalition führen, in der sie sozialdemokratischer wirkte als manche Genossen. Immerhin ließ sich auf neuen Konjunkturwogen wieder sozialer regieren.

und auch ohne zusätzliche Finanzzockerei hätte dies die nächste – systemgemäße - Krisenverstärkung ausgelöst. So ganz normal, wie es schon immer in der kapitalistischen Zinswirtschaft geschah. Raus aus der Konjunktur in die Krise, wieder in die Konjunktur und in die nächste Krise. Der Kölner Bankier Pferdenges, Konrad Adenauers Vermögensverwalter, soll es mal so ausgedrückt haben: Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln (3) Das Signal war immer die Kapitalrentabilität, wenn sie um 3% je nach Sichtweise nach oben oder unten schwankte und das Mittel, um i m m e r zu gewinnen war i m m e r die GELDANLAGE oder die GELDHORTUNG - immer zur richtigen Zeit seitens der wissenden Insider!

Die Graphik erklärt die Konjunkturabläufe und zeigt wie der Kapitalismus mit dem Auf und Ab von Konjunktoren und Krisen zu knacken ist.



Erst die Währungsreform 1948 schuf ein annäherndes Gleichgewicht zwischen Geld und Güterseite der Wirtschaft als Voraussetzung für die Wirtschaftspolitik Prof. Erhards, oft Wirtschaftswunder genannt. Die Graphik zeigt von links die 20jährige Konjunktur, die allmählich mit dem Überwinden der unmittelbaren KRIEGS-Knappheit an Kapital zum Sinken des Zinses bis zu Punkten geringer Rentabilität und damit zum Einsetzen der Krise durch Geldhortung führt. Die Graphik zeigt als Schema zunächst einige der klassischen Krisen und Konjunktoren wie sie im 19. Jahrhundert, von 1900 bis zum 2. Weltkrieg, aber auch danach und jetzt in durchmischten Formen, teils mit deflationären Erscheinungen, teils mit Aufwärtsbewegungen und in immer kürzeren Abständen von 2 – 3 Jahren stattfinden, wobei sich derzeit gegensätzliche Bewegungen diesseits und jenseits des Atlantiks herausbilden.

Der Krisenpunkt liegt jeweils im Bereich der Schnittmenge zwischen sinkendem Zins und Rentabilitätsgrenze. It. Gesell - oder wie es Marx nennen würde bei „tendentiellem Fall der Profitrate“. Keynes nennt es „die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals sinkt gegen null“. Er meint damit die Fähigkeit des Geldkapitals aus seinem Angebots- und Nachfrageverhältnis immer weniger an Zins erpressen zu können. Wie unterschiedlich es Gesell, Marx und Keynes auch begründeten, die weitere Kapitalbildung die zum ZINS NULL, zum Mehrwert null – und damit zum Ende des Kapitalismus geführt hätte, konnte immer nur durch HORTUNG, durch GELDSPERRE verhindert werden.

Die schwarzen Dreiecke sollen die Kapitalvernichtungen in Krisen oder Kriegen darstellen. Das geschieht durch an Bewertung verlierende stillstehende Maschinen und Fabriken, durch aufgegegessenes Sparkapital der Arbeitslosen, an in Kriegen an zerstörtem Sachkapital und Rüstungsschrott, knapp gebombten Wohnungen. Der erneute Mangel an Kapital treibt seine Verzinsung wieder hoch. **Das ist der**

Punkt, an dem es wieder rentabel wird, in der Krise zusammengebrochene Unternehmen auszukaufen, Produktionen neu zu beginnen oder zu erweitern und Arbeitslose wieder einzustellen. Und diese kaufen wieder mehr und bringen den Absatz der Endprodukte wieder in Gang. So geht es in der ZINSWIRTSCHAFT bis zur nächsten Krise weiter, bis abermals die Renditen auf die Rentabilitätsgrenze sinken und jeweils Geld gehortet und die Krise ausgelöst wird.

Zu Beginn des 2. Drittels der Graphik.- nach der dargestellten 3. Krise - würde die Einführung eines umlaufgesicherten Geldes eine erneute Unterbrechung der Konjunktur durch eine die Geldhortung verteuern UMLAUFGEBÜHR verhindern, weil es billiger bleibt, Kapital auch bei – jetzt in Richtung null sinkendem Zins - weiter in der

Produktion zu lassen Wirtschaftskrisen können vom Geldkreislauf her nicht mehr stattfinden. Der Geldkreislauf bleibt unter allen Umständen geschlossen. Der Kapitalismus als Ausbeutungssystem löst sich langsam auf – bisherige Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden) gehen in den Arbeitslohn über.

Der etwas dickere Pfeil nach der „letzten“ Krise nach oben macht den Angebotszwang des Geldes deutlich, das sich jetzt – unter der Wirkung seiner Umlaufsicherung nicht mehr seinem Angebot entziehen kann. Im Kapitalismus erreicht die Kapitalbildung immer nur die Linie des begrenzten, des relativen Überangebots an Kapital. Es ist in Bezug auf Zins ein Überangebot, denn es senkt den ZINS bis zur Rentabilitätsgrenze. Danach würde im alten System durch Geldhortung die weitere Kapitalbildung aufhören. Sie rentiert sich nicht mehr.

Nach unten kennzeichnet ein dickerer durchstrichener Pfeil: Künftig ist jede Geldhortung durch die Geldsteuer unmöglich. Das Geld muss die relative Kapitalüberproduktion durch weitere Kapitalvermehrung bis zur absoluten Überproduktion von Kapital treiben und das treibt nunmehr erstmalig den Zins unter die Rentabilitätsgrenze bis zum Zins um null, zum Umschlagen des Kapitalismus in einen ausbeutungsfreien Sozialismus. (5)

Mit dieser Entmachtung des Geldkapitals – es kann nicht mehr gehortet werden, wird Geld aus dem Herrn über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum willigen Diener der Arbeit und es werden auch die Einzelkapitale entmacht. Diese beherrschen außer der Verfügung über das allgemeine GELDMONOPOL der GELDHORTUNG durch zusätzliche Sekundärmonopole die Rüstungs-, Energie-, GEN - Techmärkte, Agrar-Chemie, Pharma, das Zuckerkartell usw. Die von den bisherigen Monopolen beherrschten Alternativkonkurrenten und Verbraucher haben jetzt freie Hand die Machenschaften bisheriger Monopolisten

zu brechen. Das gilt auch für das weltweite de facto bestehende internationale Fleischmonopol das durch Steuern auf Futtermittel und Weideflächen der Bodenvergeudung und Futtersverschwendung sowie der Klimazerstörung der zigfach schädlicheren Abgase in Ställen und auf Weiden als durch den Straßenverkehr --- all dem kann nunmehr Einhalt geboten werden. Nicht mehr die Gesamtinteressen des Kapitals, besonders des Geldkapitals und die Einzelinteressen der zahllosen Kapitalfraktionen bestimmen dann die Gesetzgebung, die öffentliche Verwaltung und Regierung und weitgehend auch das Recht, das bisher nur zum geringsten Teil Volksrecht, sondern Kapitalrecht ist.

Wer nun meint diese letzte Wachstumsanstrengung zur Erreichung der Nullgrenze des Zinses breche uns ökologisch das Genick möge bitte etwas weiter denken: **Bisher jagte eine Krise die andere. In jeder von ihr wurden große Teile des Sozialproduktes der Völker vernichtet, vor allen in den Kriegen zu Erhaltung des kapitalistischen Systems** – aber auch jede einzelne Krise für sich war eine Krise zur Erhaltung des Systems. Wenn das ZINSGESETZ erst einmal außer Kraft gesetzt würde, weil Geld nicht mehr streiken kann, weil es immerzu den Menschen ohne Zinsbedingung, also ohne Ausbeutung dienen muss, dann können wir doch politisch anfangen die Schadindustrien eine nach der anderen einzuschränken und mit der Umschulung dort Beschäftigter schließlich zu streichen. Mit Rüstung, Atomindustrie und GEN-Tech und Ernährungsreform wäre erst mal anzufangen.

Jetzt könnte immer mehr nach den Bedürfnissen der Menschen und der Naturerhaltung produziert werden – was die Gesellschaft wirklich braucht und nicht mehr was nach höchsten ZINSPROFITEN zu produzieren ist: Jetzt hindert uns niemand mehr die Gesamtproduktion schrittweise einzuschränken, wobei Ökologie, Gesundheit der Menschen und soziale Gerechtigkeit und Frieden die Richtschnur für das abgeben, was wir uns künftig an Produktion ökologisch leisten und sozial produzieren wollen. Die schrittweise herabgesetzten Produktionsmengen rechtsoben an der Graphik sollen das „weniger ist besser“ statt des bisherigen mehr und mehr und immer mehr um höheren Kapitalprofit statt um mehr Frieden unter den Völkern ein „weniger ist besser“ zu setzen, aber das sozial gerecht und ausreichend verteilt. Abschließend dazu ein Wort des ehem. Bundeswirtschaftsministers Friedrichs, der es unter H. Kohl ein Jahr in der Regierung aushielt und der als Großbanker (Deutsche Bank) eher dem Kapital diene. Aber in diesem Punkt dachte er zukunftsorientiert: „1/3 von dem was wir produzieren, ist schädlich, 1/3 ist nicht lebensnotwendig, aber angenehm es zu haben, 1/3

brauchen wir zum Leben“. Verzichten wir also auf das schädliche Drittel !

Mit dem uns jetzt dienenden UMLAUFGELD an Stelle des uns heute beherrschenden HORTGELDES würde das jetzt möglich werden, denn das Kapital hat mit umlaufgesichertem Geld keine Macht mehr, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft durch einen GELDSTREIK zu lähmen. Die Machtverhältnisse kehren sich jetzt total um. Die Geldhändler in Börsen und Banken würden so machtlos, wie heute die Käsehändler: Sie könnten mit KÄSESTREIK (Verkaufsstreik) keine höheren Preise erzwingen. Der Käse würde ihnen unter der Ladentür als stinkender Abfall durchlaufen. Geld- und Käsehändler unterliegen jetzt beide gleichem Angebotszwang! Geld wäre nicht mehr besser als verderbende Waren. Es würde genauso schlecht !

Was nun Frau Merkel, was nun PolitikerInnen der

Oppositionsparteien? Sehr geehrte Kanzlerin! Sie und Ihre EU-Amtskollegen sind mit dem 109 Mrd. Paket für Griechenland und der RESERVE von 700 Mrd. zunächst erleichtert, dass Sie erst einmal Ruhe an der Währungsfront, mindestens für Ihren Urlaub, geschaffen haben, was Ihnen aber durch die neuen HORTUNGSDROHUNGEN an den Börsen um den 8. 8. mit der Gefahr eines „Schwarzen Montags“ versalzen wurde. Sie haben damit keineswegs das kapitalistische Grundgesetz des absoluten Vorranges der Kapitalverzinsung, des Mehrwerts, der aus dem Unternehmensprodukt vor dem Arbeitslohn an das Finanzkapital abzuführen ist (Marx, „Das Kapital“ Bd. III „Zins und Unternehmervergewinn“ (S. 383-403) angetastet, weil Sie mit der Beibehaltung der Hortungsfähigkeit des Geldes die absolute Übermacht des Geldes, das bekanntlich die Welt regiert, in seiner Machtstellung bestätigt haben. Sie, Herr Sarkozy und der Präsident der EZB haben sich lediglich eine Galgenfrist mit dem Aufkauf italienischer und spanischer Schrottaktien erkaufte. (Die halbstaatliche Commerzbank verlor dabei 760 Mill. €, bemessen an ihren griech. Anleihen (Leine-Deisterzeitung vom 11. 8.) Die Graphik vermittelt auch, dass es sich um ein Marktgeschehen handelt, das infolge der Hortfähigkeit des Geldes immer dann gewaltsam – mit der strukturellen Gewalt der GELDHORTUNG - beendet wird,(6), wenn die Arbeit bei nur noch 3% Kapitalrendite kurz davor steht, das Kapital durch weitere Arbeit zur Strecke zu bringen, dh., so viel Kapital zu bilden, dass sein Zins marktwirtschaftlich null werden muss. Der Sozialdemokrat, spätere israelische Minister für Wirtschaft, Naphtali, erklärte das in den 20er Jahren im Buch „Wirtschaftsdemokratie“: „Der Zins, der Mehrwert, muss in einem Meer von Kapital ersaufen“ Die aktuellen Wirtschaftsdaten machen aufmerksam, dass wir mitten in der Berliner Halbzeit genau die Daten

von den Instituten erhalten, die zeigen, dass zur Bundestagswahl 2013 der Zeitpunkt für größeren Rückzug von Geldkapital aus der Realwirtschaft, also für die nächste Wirtschaftskrise kommen kann. Natürlich werden die Berater des Kapitals und der Regierung noch Maßnahmen finden, um den KRISENPUNKT systemgerecht zu vertagen. Da nützen ihnen und ihren Kollegen die derzeitigen Beruhigungen der EUROLage nichts, denn dann fehlt reales Geld für Investitionen. Und was dann Frau Merkel, wenn die normale Rentabilitätskrise mit einer spekulativen FINANZ-KRISE zusammentrifft und wie im Höchstjahr der Krise 2008 wieder die Hälfte der Geldmenge gehortet wird?

Was ist nun zu tun um den EURO als stärkste Stütze für Umformung der bürokratischen EU in ein libertär-demokratisches EUROPA zu sichern ?

I: Der EURO hatte von Anfang an zwei Hauptübel. Auf beide wurde vorher aus der NWO-Bewegung immer wieder hingewiesen. Besonders von Prof. Bernd Senf im Hauptwerk „DER NEBEL UM DAS GELD“. Dort weist er nach, dass mit dem Wegfall der selbständigen Währung bes. den schwächeren Ländern die Möglichkeit fehle, sich gegen das Übergewicht der wirtschaftlich starken Länder durch Abwertungen zu wehren. Genau das ist eingetreten und das führte zur Dauerverschuldung dieser Länder und zu den derzeitigen Währungskrisen, die den EURO trotz ständiger zinsteurter Rettungsschirme auf Dauer vor dem Zerfall nicht retten wird. Hier gibt es als Alternative die Einführung von REGIONAL-GELD als ZWEITGELD, besonders wenn diese umlaufgesichert sind. Das wäre praktisch ein Modell nach dem Vorbild des erfolgreichen Modells Wörgl in Tirol 1933-34. Dabei können in größeren Ländern mehrere Regio-Gelder entstehen - auch über die Landesgrenzen hinweg, z. B. Region Nord- und Südtirol oder Baden und Elsass und die Regionen an der Oder mit deutschen und polnischen Teilen, deutschem und tschechischem Erzgebirge, wenn solche freien Vereinigungen von den Menschen dort gewollt werden.

II. Hauptmangel II wurde direkt aus den vorherigen kranken Einzelwährungen übernommen, ihre Hortfähigkeit. Was die EU in letzter Zeit auch an Kontrollmaßnahmen beschloss, z. B. Ende 2010 zu den übrigen Regulationen noch 3 Hauptbehörden in London, Paris und Frankfurt hinzuzufügen, je eine für Banken, für Versicherungen und für Wertpapieraufsicht, die bei der EZB, der

Europäischen Zentralbank durch einen „Rat für Systemaufsicht“ zu koordinieren sind. Was soll diese Kontrolle fruchten, wenn sich jeder einzelne EURO diesen Kontrollen durch Spekulationen und Hortungen entziehen kann, wie es z. B. 2008 mit über der Hälfte des ausgegebenen Geldes der Fall war. Alle Maßnahmen der EU können durch Hortung unterlaufen werden. Deshalb ist die Umstellung des jetzigen HORT-EURO auf einen UMLAUF-EURO oder auf „fließendes Geld“, wie es Prof. Bernd Senf nennt, die zentrale Aufgabe der europäischen Politik, an die in keinem europäischen Land eine Regierung oder die hauptsächlich Oppositionsparteien heranwollen. Bei uns auch nicht die GRÜNEN. Auf dem Parteitag 1998 Kassel setzte der Parteivorstand – damals mit dem Vorsitzenden Jürgen Trittin den kapitalistischen HORT – und ZINS - EURO gegen alle Gegenanträge durch. Darunter auch gegen den vom Autor vertretenen Antrag der LIBERALSOZIALISTEN für einen umlaufgesicherten und daher antikapitalistischen und zinsfreien EURO. Auch die LINKE ist weit von einem sozialistischen Geld entfernt und dient noch dem kapitalistischen AUSBEUTUNGSGELD, das auch in der SOWJET-UNION als hortbares Geld und mit Hilfe staatlicher Planwirtschaft den Zins mit 5% über der kapitalistischen Rentabilitätsgrenze risikolos für die neuen Staatskapitalisten der neuen herrschenden Klasse absicherte. Näheres dazu in DRITTER WEG Nr. 74. Und die SPD – gab sie ihren „sozialistischen Anspruch nicht schon mit dem GODESBERGER PROGRAMM und seiner „Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit“ auf ?

III: Auf Grundlage des krisensicheren und ausbeutungsfreien neuen UMLAUF-EUROs können sich die Völker Europas von der Herrschaft zu Geldes befreien und die bürokratische EU zu einer libertären Gemeinschaft umformen in der die Völker Europas in freien Abstimmungen gemeinsame Belange regeln. Auf das neue Zaubermittel EURO BONDS ist bei UMLAUF- EUROS zu verzichten.

IV: Zwischen den Währungsblöcken, z. B. Dollar – EURO – Yen u.a. empfehlen wir als internationales Verrechnungssystem den BANKOR-Plan von John Maynard Keynes. Einzelheiten dazu in einem 6-S. Text von Jörg Gude, 2. Sprecher der Sozialwissenschaftliche Gesellschaft. Text zu Euro 1,50 von der BI A3W-Alternative Dritter Weg – 31079 Eberholzen

Die EU-Regierungen haben sich in den letzten Jahren immer tiefer in die EURO-KRISE als Da u e r z u s t a n d hineinmanovriert, aus der sie nicht mit den Mitteln herauskommen können, mit denen sie sich hineinmanövrierten, nämlich mit schuldenbasiertem HORT- und ZINSGELD. Beim Weitermachen wie bisher, an dem bes. Frau Merkel und Herr Sarkozy – b i s h e r – festhalten, vermutlich auch am kommenden Dienstag, dem 17. 8. bei ihrem Sondergipfel in Paris, wird in nicht mehr allzuferner Zeit ein immer stärkeres Verheddern im Krisensumpf stehen, in dem den Regierungen keine andere Politik, keine ALTERNATIVE einzufallen droht? Es ist ja nicht das erste Mal, dass aus der liberalsozialistischen-freiwirtschaftlichen Schule mindestens den deutschen Regierungen – 1998 rot-grün (den Eingang bestätigte der damalige Kanzleramtminister Walter Steinmeier, danach mehrfach den Merkelregierungen, aber auch den Parteien das UMLAUFGELD als Weg aus der Krise vorgeschlagen wurde, um dort mindestens Papierkörbe zu füllen.

Theoretisch gibt es keinen stichhaltigen Einwand gegen das UMLAUFGELD, das in praktischen Versuchen bestätigt wurde. Natürlich konnte in den Kurzzeitexperimenten in der 1. Weltwirtschaftskrise um Schwanenkirchen (Bayern 1931-32) und Wörgl-Tirol 1933-34) nur konjunkturpolitisch die Arbeitslosigkeit und die Finanzlage der Regionen stark verbessert werden. Im unbewussten Langzeitversuch des Brakteatengeldes des Erzbischofs Wichmanns von Magdeburg ab ca. 1150 bis Mitte des 15. Jahrhunderts zeigten sich außer der Wirtschaftsblüte Blüte der Hanse mit hoher Beschäftigung und steigenden Löhnen auch als gesellschaftliche Folgen der Abbau der feudalen Hörigkeit auf dem Lande und die Entfaltung der Bürgerfreiheiten in den Städten. **Mit der Wiedereinführung des HORTGELDES entwickelte sich dann der moderne Kapitalismus als Herrschaft des Geldes über die Arbeit, woran auch heutige „demokratische“ Regierungsformen nichts änderten, was besonders die Regierungen in den sich jetzt überstürzenden EURO-Krisensitzungen derzeit zu spüren bekommen.**

Ist es letztlich nicht die unausgesprochene Herrschaftsgrundlage des Kapitalsystems, dass an der herrschenden Geldordnung – wie an den Überresten des feudalen, im 19. Jahrhundert kapitalisierten Bodenrechts, **den beiden Hauptgrundlagen des Kapitalismus, nicht gerührt werden darf?** ----- Verhindert dieses faktisch herrschende Denkverbot, dass so einfache Forderungen, wie sie in diesem Aufsatz vorgetragen

wurden, von den gegenwärtigen Verantwortungsträgern in Regierungen wie auf Oppositionsbänken verstanden werden? Von meinen Schülern der Klassen 5 bis Klasse 13 wurde das Axiom (ein Satz der sich selbst beweist) vom GESCHLOSSENEN KREISLAUF DES GELDES, das sich aus der Forderung des Kinderliedes „TALER, TALER, DU SOLLST WANDERN“, von selbst ergibt, in der Regel verstanden. Es war Jean Baptiste SAY, dem zugeschrieben wird, das Axiom formuliert zu haben, jedes Angebot bilde die eigene Nachfrage, was den „geschlossenen Geldkreislauf“ voraussetzt. **Auch in einem ländlichen Seniorenkreis (nur Frauen), die alle noch einen Grundschullehrer hatten, der mehrere Jahrgänge gleichzeitig zu unterrichten verstand, verstanden auch, dass es keine Arbeitslosen geben kann, wenn alle ihr Arbeitseinkommen incl. Sparerkredit zum Aufkauf des Arbeitsproduktes wieder ausgaben**

In einem Interview um den 20. 6. 2011 mit dem Sender „Fox News,, in der Sendung „60 minutes“ soll Präsident OBAMA erklärt haben, ein neues Geldsystem sei eine „schwierige Angelegenheit“ – der letzte Präsident, der dies versucht habe, habe das mit dem Leben bezahlt. --- Einzelheiten dieses Interviews sind auf der Titelseite Nr. 73 von DRITTER WEG – früher ALTERNATIVEN nachzulesen. --- Ältere LeserInnen erinnern sich, dass die Vorgänge um die Ermordung des US-Präsidenten Kennedy nie einwandfrei juristisch aufgeklärt werden konnten – besser durften? und dass Präsident Kennedy unterstellt wird bzw. dass er das US-Währungssystem ändern wollte.

Ich war gerade dabei die letzten Seiten zu straffen, um den Text mit 6 Seiten zu schließen, als von Helmut Creutz noch 2 Beiträge, passend zum Thema, eingingen. Sie noch in die Zeitung einzuarbeiten hätte und den Aufsatz als Sonderdruck gleich auf 8 Seiten zu bringen, hätte noch 2 weitere –heute nicht greifbare Seiten erfordert und den Druck-Versandtermin um 1 Woche in den schon verplanten September für die Vorbereitung eines INFOSTANDES zur ALFELDER INDUSTRIE-MESSE verschoben. Thema des Standes soll sein: **Der EURO ist zu retten – aber nicht durch Schulden – Rettungsschirme, sondern durch dessen UMLAUFSICHERUNG- ---- Wer hilft mit geeigneten Schlagworten, Graphiken und Bildern?**

Die Anmerkungen werden mit den Texten von H. Creutz im jetzt 8-seitigen Sonderdruck geparkt. Wer diesen nicht zu € 3,- bestellt, incl. Versand, fordere ihn per Mail an. Und die Termine können auch gehalten werden!

Georg Otto, für die Bürgerinitiative A 3 W – ALTERNATIVE DRITTER WEG und die LIBERALSOZIALISTEN in den GRÜNEN – 31079 Eberholzen – mail: alternative-dritter-weg@t-online.de www.alternativen-biz.de - Spendenkonto: BI A3W – Konto 31 000 12371 SpK.ON – BLZ 860 501 00

Eine (un)heimliche Ursachenkette

**Reaktorunfälle, Gau, Supergau,
Atomenergie letztlich nicht beherrschbar**



Errichtung von immer mehr AKW



**Stark bevorzugte Förderung der Atomenergie gegenüber Alternativen
(kapitalintensiv!)**



Immer größerer Energiebedarf



**Ständiges Wirtschaftswachstum,
vor allem zwecks Tilgung der Schuldenzinsen**



**Suche nach immer mehr Zinsgewinn bringenden
Investitionsmöglichkeiten**



**Langfristig lawinenartiges Wachstum
der Geldvermögen und Schulden,
besonders durch Zins und Zinseszins**

Josef Hüwe, März 2011

**Diese Ursachenkette wird als Deckblatt in den Sonderteil von „DRITTER WEG“ zum Ausstieg aus der
ATOMENERGIE übernommen.**

**Mit den ersten Widerstandsaktionen gegen die Atomenergie in Niedersachsen ist auch die Gründung der
GRÜNEN eng verbunden. Sie erfolgte aus dem liberalsozialen ARBEITSKREIS DRITTER WEG Hildesheim
und aus der SPD heraus, die damals d i e ATOMENERGIE – Partei war. Dazu veröffentlichen wir die
Resolution der Gemeinde Eberholzen gegen das AKW Grohnde, den Aufruf „Atomenergie- Gegner in den
Landtag Niedersachsen 1978“ und unser 4-Seitenflugblatt „Wirtschaftssystem und Atomenergie“ mit
Hintergrundinformationen zum Umstieg von der Atombombe in die Atomenergie. Die Beilage gibt es zu
EURO 2,50- incl. Porto von „DRITTER WEG“ 31079 Eberholzen – alternative-dritter-weg@t-online. de**

Einige Gedanken zum Einstieg in die Atomenergie und zum Ausstieg aus ihr im begrenzten Raum der Bundesrepublik Deutschland.

Georg Otto

Aus Anlass des Ausstiegs aus der Atomenergie durch Beschluss des Bundestages im Juni 2011, gedenken wir auch des Einstiegs in diese gefährliche Technologie. Dazu gab Josef Hüwe aus Berlin eine treffende Kurzzusammenfassung über die auch jetzt wieder übersehenen ökonomischen Ursachen des WACHSTUMSZWANGES der kapitalistischen ZINSWIRTSCHAFT, an die niemand rührt, auch nicht die Atomenergiegegner. Wir ergänzen das durch Neudruck des Aufsatzes „Atomenergie und Wirtschaftssystem – Was Atomenergiegegner über Geldkapital und Zins wissen sollten“ von 2005. Dort gehen wir einmal auf die politischen Ursachen des Umstiegs von der Atombombe auf die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ ein und stellen Gedanken ausführlicher dar, auf die wir in „Erfordert Merkels neue Energiepolitik ein neues ökonomisches System?“ später hinwiesen.

Dem Beschluss hätte ein grüner Maximalantrag vorausgehen sollen, den Ausstieg für 2017, statt erst für 2024 zu beschließen und dem weitere Entscheidungen aus ökologischer Sicht zu folgen haben, wie die Öffnung der Suche nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktiven Müll in der ganzen Bundesrepublik. Dass der Salzstock Gorleben ungeeignet ist, hatte Prof. Eckhart Grimmel, Geograph der Uni Hamburg, bereits 1978 nachgewiesen, als für die Bürgerinitiativen und die GLU – Grüne Liste Umweltschutz ihr zweiter Vorsitzender Martin Mombauer den Protestmarsch der Bauern mit ihren Treckern von Gorleben zum

In diesem grünen Sonderteil von DRITTER WEG Nr. 72 gehen wir auf die durchaus doppelgrünen Anfänge des Widerstands gegen die Atomenergie mindestens in Niedersachsen ein, aus denen der Beschluss der Gemeinde Eberholzen gegen das AKW Grohnde 1974 und der Kampf des Naturheilarztes Dr. Bruker gegen das AKW Würgassen, gleich hinter der Grenze von Niedersachsen zu NRW, herrührten und 3 Jahre später die Gründung der GLU – GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ als Vorpartei der GRÜNEN. Dr Bruker warb für die Lehren Silvio Gesells als der „Naturheilkunde für die Wirtschaft“ und kämpfte mit der Parole gegen Würgassen „Weil du beim Reaktor wohnst, musst du früher sterben“ - Resthefte kopiert € 2,50

Über den Gemeinderat berichten wir hier und senden verkleinert den Aufruf zur Bildung einer Umweltliste zur Landtagswahl Niedersachsen 1978 mit, von dem wir die Vorderseite noch mit der Hand geschrieben, Seite 2 mit Schreibmaschine mit 1000 Ex. bei der 2. Frühjahrsdemo 1977 in Grohnde durch Jürgen Funk verteilen, heute im Saatgutbuchthof in Zedenick bei Berlin tätig. Als Lehrer hatte ich damals samtags noch Unterricht und wegen eines Ausschlussverfahrens aus der SPD, das ich gewinnen wollte, ehe ich zur Bildung einer Umweltliste aufrief, gab ein älterer FSU-Freund seinen Namen her.

(1) E. Grimmel „Kreisläufe der Erde“ – Einführung in Kosmo-Athmo- und Hydrosphäre, in die Plattentektonik der Lithosphäre, in den Kreislauf von Wasser-Kohlen- und Sauerstoff, die Kreisläufe des Lebens. Ausführlich. Folgt der atomare Kreislauf, Bevölkerung-Boden-Rohstoffe und der Geldkreislauf aus NWO-Sicht- Mit vielen Graphiken – oktav-194 S. € 22,-.

(2) Die Büchse der Pandora füllte Zeus lt. gr. Mythologie mit guten und schlechten Kräften./// Texte von .d. Redaktion-

(3) Die sozialliberale Regierung scheiterte in der Bodenpolitik am Widerstand der FDP. SPD -und NWO-Bodenexperten arbeiteten vielfach konform. Aus der Zeit gibt es einige Ex. des FSU-Bodenexperten HKR-Müller „Bodenproblem – einst und jetzt 50 S. € 5,-, Entwurf für ein Bodenfondsgesetz 14. S. €2,50. In der Geldpolitik trauten sich Brandt-Schiller nicht mit dem Antrag Bezirk Hannover z. Sonderparteitag 1972 in Saarbrücken die „Reichensteuer“ von 53 auf 56% zu erhöhen. „Genossen, wollt Ihr unbedingt die Investitionsbereitschaft des Kapitals erproben?“ (Ich hätte gern das genaue Zitat. GO.)

Mit Doppelgrün ist die grüne Farbe der Freiwirtschaft und das Grün der Umweltbewegung gemeint.

Von den Anfängen des Widerstands gegen AKWs in der Gemeinde Eberholzen

Verabschiedung einer Entschließung gegen den Bau eines Großatomkraftwerkes bei Hameln. So die Überschrift zum Antrag des Ratsherrn Georg Otto in der Sitzung des **Gemeinderates Eberholzen am 19. 9. 1974.** Lt. Sitzungsprotokoll, das Samtgemeindebürgermeister Hubertus Schneider jetzt dem Archiv der Gemeinde dem Vergessen entriss, trägt Ratsherr Otto seine Begründung vor. Er weist auf die enormen Gefahren hin, die durch Bau und Betrieb eines AKW entstehen und erläutert Möglichkeiten der Nutzung ungefährlicher Energiequellen. Rastherr Grabke unterstützt dies. Gemeindedirektor Heinz Kießler erklärt. „die Gemeinde müsse auf zwei Schultern tragen und sich für eine sichere Energieversorgung einsetzen, andererseits muss sie jedoch auch die von Ratsherrn Otto aufgezeigten Gefahren berücksichtigen.

Abschließend beschließt der Rat einmütig: „Der Rat der Gemeinde Eberholzen erhebt gegen des Bau eines Atomkraftwerkes in Grohnde bei Hameln Einspruch. Auf Grund der amerikanischen Erfahrungen ist auch im 30 km vom 1300 MW-Reaktor entfernten Eberholzen und Umgebung mit einem Anstieg der Totgeburten, Säuglingssterblichkeit, Missbildungen, Krebsfälle, bes. von Leukämie, zu rechnen. Die stattliche Zahl von Reaktorunfällen – auch in der Bundesrepublik – zeigt, dass keine ausreichende Betriebssicherheit gewährleistet werden kann und dass jederzeit eine „Reaktorkatastrophe“ möglich ist, wie es der ehem. zuständige Minister von Donanyi öffentlich am 25. 11. 1971 in Ludwigshafen zugegeben hat.

Vor den Dauerschäden durch den Betrieb von Kernspaltungsanlagen wie vor den katastrophalen Folgen von Kernkraftwerkkatastrophen wollen wir die Bürger unseres Raumes schützen. Der Rat der Gemeinde appelliert an die politischen Instanzen in Land und Bund, die Entwicklung ungefährlicher und in unbegrenzter Menge zur Verfügung stehender Energiequellen wie Erdwärme, Sonnen- und Meeresenergie, Windkraft u. a. so zu fördern, dass sie in kurzer Zeit nutzbar sind. So erklärte Prof. Pestel (TU-Hannover) vor dem Wirtschaftsausschuss des Niedersächsischen Landtages, dass Sonnenenergie in kurzer Zeit verfügbar sei.“

Dem Antrag stimmten die inzwischen verstorbenen Rastherren Manfred Frohns, Gustav Noack, August Schwarze, Albert Wendt und von den noch lebenden Ratsherren Bürgermeister Heinrich Knösel und die Ratsherren Erich Grabke, Karl Knösel, Friedrich Brandt und der Antragsteller Georg Otto zu.

Alle damals verwendeten Argumente wurden in den folgenden ca. 35 Jahren durch die weltweite Entwicklung der Atomenergie bestätigt. Innenpolitisch interessant: Die Atomregierung war damals die SPD-Regierung Willy Brandt und Helmut Schmidt Alle weiteren Versuche des Antragstellers zur Änderung der SPD-Energie- Wirtschafts-und Finanzpolitik scheiterten. Letztere verfilzte sich mit der hier missverstandenen Lehre des engl. Ökonomen John Maynard Keynes zur „Nachfragepolitik“, die zur Explosion der Staatschuld von 120 Mrd. auf ca. 600 Mrd. DM in 12 SPD-Regierungsjahren führte – ohne die beginnende Arbeitslosigkeit von noch 149 000 im Jahr der Regierungsübernahme 1969 zu stoppen. Vielmehr übergab Helmut Schmidt 1,8 Mill. Arbeitslose an Helmut Kohl.

Ottos Versuche durch Kontakte mit der Parteispitze die Wirtschaftspolitik zu beeinflussen, lösten bei Wohnungsbauminister Jochen Vogel Sympathien aus, der schon als Münchener OB Kontakte mit dortigen Liberalsozialen hatte. In Eberholzen jedoch kam es Anfang 1977 zu einem Ausschlussantrag gegen Otto seit sich hier die SPD mit einem Hamburger Sozialwissenschaftler mit Universitätsrang „erneuerte“, der Gegner der liberalsozialen Lehre war. Dieser Antrag zwang Otto seinen Aufruf „AKW-Gegner 1978 in den Landtag“ mit Deckadresse zur Demo in Grohnde gegen den Baubeginn 1977 verteilen zu lassen. Den Ausschlussantrag wollte er gewinnen, ehe er öffentlich zur Bildung der Umweltliste GLU – GRÜNE LISTE UMWELTSCH aufrief. Zur Ehre des SPD-Unterbezirks ist zu sagen, dass dieser den Antrag schon wegen des undemokratischen Verlangens, Ottos Kontakte mit dem Parteivorstand zu kontrollieren, nicht annahm, sondern zurückschickte. Der damal. Ortsvorstand informierte Otto nicht darüber, so dass dieser davon erst bei der ersten Verhandlung zwischen der mit 1 Abgeordneten neu in den Kreistag gewählten GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ – GLU – und der SPD über die Wahl eines gemeinsamen Landrates erfuhr. Die Wahl eines gemeinsamen Kreistages für die Kreise Hildesheim und Alfeld war notwendig geworden, nachdem beide Kreise im Sommer 1977 nach dem Gutachten von Prof. Weber zur Gebietsreform vereinigt wurden. Für die GLU war es der Probelauf für die Landtagswahl ein halbes Jahr später. Auf Antrieb wurden mit Unterstützung der überall entstandenen Bürgerinitiativen und der Ökologiebewegungen 3,9 % der Stimmen erzielt und auf dieser Basis wurde der Start in die Bundespolitik zur Europawahl 1979 gewagt

Schickt die Atomparteien nach Hause!

AKW-Gegner in den L A N D T A G !

11 % Stimmen für die Umweltschützer in Paris !

D a s k ö n n e n w i r a u c h !

**In Niedersachsen fällt die Entscheidung
über die Energiepolitik: O h n e**

**W I E D E R A U F B E R E I T U N G
K E I N E A T O M E N E R G I E**

E s k o m m t a l s o a l l e s a u f u n s a n !

Mit Unterschriftensammlungen, Prozessen und Demonstrationen allein ist das Atomenergieprogramm nicht zu Fall zu bringen.

Das sind alles wichtige Kampfmittel, um die Bevölkerung zu mobilisieren !

Bauplatzbesetzungen, wie sie in W y l erfolgreich und wie sie im Handstreich am 19. Februar in G r o h n d e praktiziert wurden, sind in Zukunft nur noch gegen starke Polizeikräfte möglich. Auch wer nicht grundsätzlich Gewaltanwendung gegen die Gewalt des Staates ablehnt, sollte bedenken, dass das Atomkapital einen gewaltsamen und möglichst blutigen Zusammenstoß zwischen AKW-Gegnern und der Polizei geradezu braucht, um die Zuneigung des Volkes zu unserer Bewegung in Abneigung zu verwandeln!

Gehen wir daher dem Atomkapital nicht auf den Leim. Denken wir nüchtern über die Konsequenzen jener Parolen nach, die uns zum direkten Angriff auf die Atomfestungen Brokdorf, Grohnde u. a. verleiten wollen ! Stellen wir durch disziplinierte große Demonstrationen die Einheit mit der Bevölkerung her; schaffen wir eine große Volksbewegung! Aber werden sich die Herren Albrecht und Schmidt davon beeinflussen lassen ?

Wenn unsere Aktionen bisher ihre Wirkungen auf Regierende und Gesetzgeber verfehlten und sie durch Scheinabstriche von ihrem Programm das Programm retten und uns Sand in die Augen streuen wollen, dann können sie doch nur so handeln, weil sie bisher vom treuen Wählervolk immer wieder in ihren Positionen bestätigt wurden.

Es bleibt uns gar kein anderer Weg als der radikaldemokratische und radikalverfassungsgemäße Weg der Wahlbeteiligung. Und zwar schon im nächsten Jahr!

Bilden wir eine Wählerinitiative der Bürgerinitiativen und parteifreien Wähler !

Wer mithelfen will, melde sich sofort und trage diesen Gedanken in ihre/seine Bürgerinitiative. Schreibt an Hermann Müller, 3257 Springe

Atomenergie und Wirtschaftssystem – Was Atomenergiegegner über Geldkapital und Zins wissen sollten!

1945: Aus für die Atomrüstung oder Umstellung auf Atomenergie !

Gegen Ende des II. Weltkrieges entstand die Frage, was wird aus den Kapitalmassen, die in den USA in Forschung und Entwicklung der Atombombe investiert wurden – sollen sie, da die Bombe im Frieden nicht mehr gebraucht wird, abgeschrieben, d.h. entwertet werden? Und: Was wird aus den hunderttausenden Wissenschaftlern und Technikern, die jahrelang an einer anwendungsreifen Atombombe gearbeitet hatten – sollen sie arbeitslos werden und ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auf diesem Gebiet brachliegen?

Die weitere von der US-Führung zu beantwortende Frage war, was wird aus der Bombe selbst, die ja für den Einsatz im Kampf gegen die Nazidiktatur bestimmt war, so die ideologische Begründung ihrer Entwicklung. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz hatte ihre Anwendung seit Beginn 1945 keinen Sinn mehr. An allen Fronten, die sich immer mehr in Richtung deutsche Grenzen und ab Frühjahr Richtung Berlin verlagerten, waren alliierte und deutsche Truppen so miteinander verzahnt, dass eine A-Bombe schwere Verluste für beide Seiten gebracht hätte. Auch die gerade erst von der NS-Herrschaft befreiten Nachbarvölker hätten ihre Radioaktivität abbekommen.

Auch im Pazifik war die militärische Niederlage Japans bereits besiegelt, als sich die militärisch-politische Führung der USA zum Abwurf der A-Bombe auf Nagasaki und Hiroshima am 6. August 1945 entschloss. Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit stand den deutschen Verbrechen lediglich in der Zahl der bewußt kalkulierten Opfer nach. Unter schrecklichen Opfern wurde der Beweis erbracht, dass die atomare Kettenreaktion funktioniert.

Dieser A-Bombenabwurf löste keineswegs die eingangs gestellte Frage. Das Damoklesschwert der Stilllegung schwebte über der ganzen gerade erst entwickelten Atomrüstung. In diesen Monaten wurde die Idee der „friedlichen“ Nutzung der Atomspaltung geboren und mit dem inszenierten Märchen „Ohne Atomenergie zurück in die Steinzeit“ zuerst in den USA, dann in England und Frankreich politisch durchgesetzt. Der Sowjet-Union gelang es durch in Deutschland erbeutetes Know – How, durch Spionage und durch eigene Forschungen nachzuziehen und sowohl die atomare Rüstung wie Atomkraftwerke zu entwickeln.

Es ist aber auch festzuhalten, dass sich in der wissenschaftlichen Elite der USA sehr bald Widerstand gegen die Atompolitik regte. Es sei u. a. an die Professoren Gofman und Tamplin, Sternberg und an den Nobelpreisträger Linus Pauling erinnert, die, auch in populären und ins deutsche übersetzten Büchern und durch Vortragsreisen nach Europa vor den Gefahren der Atomenergie warnten und hier die Widerstandsbewegung gegen die A-Energie stärkten.

Bündnis von Staat und Atomwirtschaft

In der BRD kam es sehr bald zum Bündnis von Staat und Atomwirtschaft. Der Staat finanzierte erhebliche Teile der Grundlagenforschung. Dass dabei ca. 30 Mrd. DM Steuergelder für letztlich private Zwecke bereitgestellt wurden, war damals eine offen gehandelte Zahl. Die Forschungsmilliarden der Industrie für Anwendung der „gesteuerten“ Spaltung von Atomen zur Erzeugung von Strom dürften noch höher gewesen sein. Politiker aller Farben waren für die Installierung einer Technologie verantwortlich, bei der bis heute (trotz in den letzten 40 Jahren erzielten technischen „Fortschritte“) das Risiko eines Super – GAU's (größt anzunehmender Unfall), der schleichenden radioaktiven Verseuchung und der immer noch ungelösten Endlagerung hochradioaktiven Mülls besteht. Diese Politik wurde unter den sozial-liberalen Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher forciert (1969 – 1982) und danach bis 1998 von der Regierung Helmut Kohl fortgesetzt. Vergeblich kämpfte Prof. Karl Bechert als Vorsitzender des Atom-Energie-Ausschusses des Bundestages dagegen an.

1977 brachen Atomenergie-Gegner verstärkt aus der SPD aus, es bildeten sich grüne Listen zur Kreistagswahl in Hameln und Hildesheim im Bereich der Atomkraftwerke Würgassen und Grohnde, die in die Kreistage einzogen und innerhalb von 5 Monaten flächendeckend die GLU-GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ aus dem Boden stampften, die im Juni 1978 in Niedersachsen 3,9% der Stimmen als Gründungspartei der späteren GRÜNEN erzielte. Am Tage der Gründung der Landespartei, Bußtag 1977, verbrannte sich der christliche Atomenergie-Gegner Hartmut Gründer aus Protest gegen die SPD-Atompolitik während des Hamburger SPD-Parteitag dort vor einer Kirche.

Das Atomkapital – ein wichtiger Teil des Gesamtkapitals der deutschen Wirtschaft.

Bereits in den 70er und 80er Jahren dürften im gesamten AKW-Bereich 200 Mrd. DM, möglicherweise weit mehr, investiert worden sein. Zu den bereits erwähnten staatlichen und industriellen Forschungsmilliarden von über 50 Mrd. kamen die Anlagekosten für die Atomkraftwerke, für die Atomfabriken zur Aufbereitung des Kernbrennstoffs und für die Zwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe hinzu. In den Anfangsjahren musste für die kleineren Reaktoren mit ca. 3 Mrd. Baukosten gerechnet werden. Bald wurden sie größer und technisch aufwendiger, so dass die Kosten auf 4 – 6 Mrd. DM pro AKW stiegen. Lt. Wahlplakat der GRÜNEN, das um 1990 viel verwendet wurde und auf die gefährlichen Atomtransporte mit dem Slogan „Restrisiko auf Reisen“ abgestimmt war, wurden die Standorte aller

Atomanlagen, ob sie in Betrieb, im Bau, schon stillgelegt oder in der Planung waren, geortet. Quelle dafür war u. a. das Institut für ökologische Bildung und Forschung Hannover. Danach gab es damals 27 Atomkraftwerke: 21 waren in Betrieb, 3 im Bau und 3 bereits stillgelegt (Niederaischbach, Grundremmingen I und Lingen I. Mehrere AKW's hatten mehrere Blöcke, so Biblis, Philippsburg, Grundremmingen, Ohu. Diese 27 AKW's dürften ein Investitionsvolumen von über 100 Mrd. DM umfasst haben. Hinzu kamen die Kosten für 7 Atomfabriken und 9 größere Zwischenlager. An Forschungsreaktoren gab es damals 22, von denen 6 bereits stillgelegt waren. Alles zusammen banden sie ca. 150 oder mehr Milliarden Kapital.

Hinzu kommen Kosten für den laufenden Betrieb dieser Anlagen, für den Kernbrennstoff, die Zwischenlagerung, die sich mangels eines „gesicherten“ Endlagers immer mehr zu gefährlichen Endlagern auswuchern, für die völlig unzureichenden Versicherungen, bei denen bei einem gefährlichen Unfall ohnehin der Bund den Steuerzahlern tief in die Taschen greifen würde. Die laufenden Kosten machen mit Sicherheit einen dreistelligen Mrd.-Jahresbetrag aus.

Die Anlagekosten und die Betriebskosten unterliegen in einer kapitalgesteuerten Wirtschaft dem Gesetz der Rentabilität des Kapitals. Das heißt: Jede eingesetzte DM, jetzt Euro, muss aus dem Produktionsprozess nicht nur wieder herauspringen, sondern sie m u s s m e h r werden. Aus einer investierten Mark m u s s eine Mark und 5 Pfennig werden, besser sogar mehr! Und das Jahr für Jahr! Dieses Gesetz gilt für die gesamte Wirtschaft, es ist ihr Grundgesetz. Produktionen, die diese Rendite nicht einbringen, erfolgen nicht, auch wenn sie noch so nötig wären. Oder sie werden dem Staat, also den Steuerzahlern, übertragen, wie z. B. Investitionen für Bildung und Kultur. Oder es stellt sich Privatkapital nur dann dafür zu Verfügung, wenn, wie es bei der Atomwirtschaft vielfach geschah, der Staat weite Teile davon subventioniert oder Verluste übernimmt, wie es z. B. bei den Verlusten und Schäden bei schweren Atomunfällen der Fall sein würde, so dass die Atomwirtschaft die echten Versicherungskosten spart.

Der Atomstrom muss also über den Preis nicht nur die Sachkosten der Anlagen und des Betriebes einbringen, sondern auch die Verzinsung für das investierte Kapital, den Mehrwert für das Kapital. Das geschieht aber nicht offen – dann würde der Atomstrom so teuer, dass dies politisch den Bürgern nicht zuzumuten ist, denn dann würde die Akzeptanz der Atomenergie bei den Bürgern noch geringer. Erhebliche Kostenteile werden daher nicht in den Atomstrompreis einkalkuliert, sondern staatlich abgedeckt.

Vor allem die GRÜNEN müssten doch stärkstes Interesse daran haben, dass die versteckten Kosten des Atomstromes endlich aufgedeckt werden. Jetzt, in der Regierung, können sie an die Zahlen herankommen. Es wäre auch interessant zu erfahren, dass der Atomstrom inzwischen nicht nur ca. 30% der gesamten Stromerzeugung ausmacht, sondern auch welchen Anteil er am Sozialprodukt und am Gesamtvermögen hat. Daraus ließe sich auch in etwa ermitteln, in welchem Umfang das Atomkapital am jährlichen Zuwachs des Gesamtkapitals beteiligt ist, inwieweit auch die jährlich steigende Spaltung des Volkes in arm und reich, in Zinszahler und in Zinskassierer durch die Atomindustrie bedingt ist. Denn um was das Kapital jährlich um Zinseszins „wächst“, das fehlt den Arbeitenden als Lohn oder dem Staat, der ja seine Schulden bei den Kapitalbesitzern auch verzinsen muss, und das ist ungefähr jede 4. Steuermark, die nicht für nötige Staatsaufgaben, z. B. für Bildung und Umwelt ausgegeben werden kann, sondern die der Finanzminister von vornherein an die Staatsgläubiger bezahlen muss. Bei denen, die das Geld am meisten brauchen, muss dann gespart, d.h. die Sozialleistungen gekürzt werden.

Die Atomwirtschaft ist inzwischen zu einem wichtigen Faktor der Gesamtwirtschaft geworden, die dem Gesetz der Rentabilität unterworfen ist. Auch jeder noch so kleine Sparer handelt nach diesem Gesetz und verlangt für seine noch so kleinen Geldvermögen bei der Sparkasse Zins. Weil das so ist, muss wiederum jeder der Geld braucht, ehe er es sparen kann, z. B. für das Eigenheim oder für Mietwohnungsbau oder für Betriebsgründung bzw. Erweiterung den Geldgebern Zinseszins zahlen. So ist j e d e Produktion zinsbelastet, je nach Grad der Kapitalintensität einer Produktion. So steckt in den Mieten bei durchschnittlich 6-8% Hypothekenzinsfuß ein Zinsanteil von 60 – 80%. Auch in der Fahrkarte bei der Bahn sind $\frac{3}{4}$ des Preises Zinsen. Im Durchschnitt bestehen alle Preise zu 30 – 40% aus Zinsen. Durch die versteckten Subventionen der Atomwirtschaft durch den Staat, ist es erst nach Kenntnis der dafür nötigen Zahlen möglich den Zinsanteil des Atomstrompreises zu ermitteln.

Kapitalverzinsung „erzwingt“ ständiges Wirtschaftswachstum und dieses steigenden Energieverbrauch. Neben den Gefahren der Atomtechnologie ist umweltpolitisch besonders schlimm, dass das mathematische Zinseszinsprinzip, das die Reichen durch Nichtstun immer reicher macht, weil der Zinseszins ihrer Vermögen ihnen auch im Schlaf zufließt, nur realisiert werden kann, wenn die Wirtschaft r e a l ständig wächst. Der Zins, um den die Kapitalien insgesamt „wachsen“, steht solange auf dem Papier, solange er nicht in einem Wachstum an Gütern realisiert werden kann, die dann auf den Märkten verkauft werden müssen – und zwar mit Zinsanteilen. Erst dann kann das in die Produktion gesteckte Kapital + Zins an die Geldverleiher zurückfließen.

Wirtschaftswachstum verschlingt nicht nur die immer knapper werdenden Rohstoffe und belastet trotz der in den letzten Jahrzehnten eingesetzten Umwelttechnologien zunehmend die Umwelt. Wachstum verlangt die Bereitstellung wachsender Energiemengen, heute weitgehend von Atomenergie. Infolge des immer härter werdenden Konkurrenz- und Überlebenskampfes der Unternehmen bei in der Realwirtschaft schon weit in den Bereich der Rentabilitätsgrenze gedrückter Verzinsung des Realkapitals, schaffen immer weniger Unternehmen, vor allem im

Bereich von Handwerk und Mittelstand die Erzielung einer für das Kapital „angemessenen“ Rendite und scheiden aus der Wirtschaft aus. Im Schnitt werden dabei ca. 10 Arbeitsplätze pro Bankrott vernichtet. Jede Pleite ist für die Unternehmen nicht nur eine Kapitalvernichtung, sondern umweltpolitisch auch eine Ressourcenvernichtung.

In Krisenzeiten, wie jetzt, wird die Realisierung des Zinsanspruchs des Kapitals durch höhere Produktivität der Arbeit der Menschen gesichert. Durch höheren Arbeitsdruck, durch mehr Leistung pro Zeiteinheit, durch menschliche Arbeit freisetzende Maschinen wird mehr aus der menschlichen Arbeitskraft herausgeholt, wobei die Produktivitätsgewinne bei Massenarbeitslosigkeit nur zum geringsten Teil durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen in die Löhne der (noch) Arbeitenden umgeleitet werden können. Jeder Arbeitslose, der in diesem Prozess von Arbeit „befreit“ wird, drückt die Löhne der noch Arbeitenden und unterwirft sie dem Diktat des Kapitals. Der Weg zum Arzt wird auch dann oft gescheut, wenn es notwendig wäre, denn wer öfters krank wird, hat am ehesten die Chance bei der nächsten Entlassungswelle dabei zu sein. Die Gewinne der Steigerung der Produktivität kommen zum größten Teil den Kapitaleinkommen über Zins und Dividenden zugute. Dabei geht es nicht ohne steigenden Energieverbrauch für immer leistungsfähigere Maschinenarbeit an Stelle von Menschenarbeit ab.

Atomkraftwerke und andere Großkraftwerke, müssen die für eine ressourcenvergeudende und die Umwelt belastende Produktion nötige Energie bereitstellen. Sie sind die Kehrseite einer sowohl auf Wachstum – mindestens der Sieger im erbarmungslosen kapitalistischen Konkurrenzkampf – wie auf steigende Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft programmierten Produktionsweise, in der die Erzielung von Kapitalertrag höchste Priorität hat. Erst wenn der Anspruch des Kapitals auf Mehrwert gesichert ist, erst dann kommt die Bezahlung der Arbeit und die Erhaltung der Natur. Beide kommen in dieser Wirtschaft seit eh und je unter die Räder.

Warum ist das so ?

Die heutige Wirtschaft ist so programmiert, weil in ihr das Kapital eine absolute Vorherrschaft gegenüber den anderen sogenannten „Produktionsfaktoren“, der Natur und der menschlichen Arbeitskraft, hat. Es stellt sich der Arbeit nur unter der Bedingung „angemessen hoher Verzinsung“ zur Verfügung. Der von der RAF 1977 ermordete Arbeitgeberpräsident Dr. Martin Schleyer brachte dieses Grundgesetz des Kapitalismus auf eine schlichte Formel: „Geldkapital **m u s s a n g e m e s s e n** bedient werden, sonst stellt es sich der Wirtschaft nicht zur Verfügung.“ Damit umschrieb er sehr vornehm den Verzinsungszwang des Geldkapitals: Diejenigen, die genug und übergenuß Kapital haben, stellen es nur dann den Arbeitenden über Investitionen und Kredite zum Arbeiten bereit, wenn der Zins dadurch nicht unter die Grenze der Rentabilität absinkt. Ist das der Fall, unterbleibt die Produktion solange, bis durch Vernichtung von konkurrierendem Kapital über Bankrotte Kapital wieder so knapp wird, das das siegende Kapital wieder **a n g e m e s s e n** verzinst werden kann. Dieser Zustand hält seit Jahren in den wichtigsten Industrieländern, in den USA, in Japan oder bei uns, an. Das ist die wichtigste Ursache der Massenarbeitslosigkeit, die mit ABM-Kräften und Umschülern nicht über 4 Millionen, sondern eher 6 Millionen betragen.

Im Rahmen dieser Betrachtung kann dieses Problem nur angeschnitten werden. Wer sich näher interessiert, fordere gegen 3 Euro mehrere Aufsätze von Prof. Bernd Senf, der dies am Aufstieg der NSDAP erklärt, von Helmut Creutz, der grundsätzlich auf die Gefahr einer neuen weltweiten Deflation (wie 1929 – 1933) eingeht und vom Verfasser an, der dies an der Wirtschaft in Deutschland der letzten 50 Jahre darstellt.

Gibt es überhaupt noch einen Ausweg ?

12 Jahre lang haben uns rot-gelb (1969 – 1982) und von da ab schwarz-gelb bis 1998 in diese Krisenlage immer tiefer hineinmanövriert: Nicht nur die Arbeitslosigkeit, die vor der Regierung Brandt-Scheel noch bei 150 000 lag, stieg unter SPD- wie CDU-Regierungen langsam auf den heutigen Stand, auch die Staatsverschuldung explodierte unter beiden Regierungen auf ca. 3,4 Bill. DM und die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg auf ca. 3 – 4 Millionen Menschen. Rot-grün versucht nun im 5. Jahr mit diesem Erbe fertig zu werden und hat bis heute kein überzeugendes Konzept. Vielmehr verschlechtern sich alle Daten. Seit einiger Zeit werden Parteien, Regierung und Opposition vom Verfasser hingewiesen, dass es ohne eine Befreiung der Marktwirtschaft von den Fesseln des kapitalistischen Gesetzes der Rentabilität nicht geht und was zu unternehmen ist, das weitere Abrutschen in die Krise zu stoppen.

Dr. Schleyer, hat in seiner treffende Kurzanalyse indirekt auch die Lösung aufgezeigt. Die Diktatur des Geldkapitals, die immer dann die Menschen in Arbeitslosigkeit, Verarmung und den Staat in die Verschuldung stürzt, wenn keine ausreichenden Renditen mehr zu erwirtschaften sind, muss dadurch überwunden werden, dass es dem Geldkapital nicht mehr gestattet wird, den Geldkreislauf zu unterbrechen, dadurch Krisen auszulösen oder zu verschärfen. **Und wie macht man das?** Auch das hat Dr. Schleyer indirekt angedeutet, man muss seinen Satz nur um 180 Grad drehen: **Geld **m u s s g e z w u n g e n** werden, auch dann noch in Investitionen zu gehen, wenn gerade durch diese vermehrte Bildung von Sachkapital, sein Preis, der Zins, nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage immer stärker in Richtung null sinkt und nur noch eine geringe Restrisikoprämie neben den Bankkosten für die Vermittlung von Spargeldern und Krediten, die dann auch sinken, marktgerecht herauszuholen sind.**

Wenn Geld unter allen Umständen angeboten werden **m u s s**, wenn es nicht mehr gehortet werden kann, wenn also alles Geld Nachfrage nach Waren und damit nach Arbeitskräften halten **m u s s**, dann sinkt die Arbeitslosigkeit

rapide. Zug um Zug sinkt dann die Zinslast für die Wirtschaft und damit die Zinsanteile in den Preisen oder umgekehrt die Arbeitslöhne werden nicht mehr um Kapitaleinkommen gekürzt. Der Staat braucht nicht mehr $\frac{1}{4}$ aller Steuern den Reichen für Verzinsung der Staatsschuld in den Rachen zu werfen, sondern kann damit soziale und ökologische Aufgaben finanzieren und Schulden abbauen. Und wenn wieder alle durch Arbeit verdienen können, sinken die Riesensummen, die heute für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit und für Sozialhilfe ausgegeben werden, ebenfalls in Richtung null. Arbeits- und Sozialämter können bis auf geringe Reste geschlossen werden.

Die Wirtschaft brauchte dann nicht mehr um den Zinseszins zu wachsen und die Lebensgrundlagen durch Ressourcen- und Energievergeudung zu zerstören. Die Politik kann dann vielmehr bestimmen, wie viel Wirtschaftsvolumen wir uns ökologisch und sozial leisten können – auch vorsorgend für kommende Generationen. Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt und es gibt nur eine Erde, eine Welt, hieß es zu Beginn der Öko Bewegung. Eine Wirtschaft im Einklang der Ansprüche der Menschen an die Natur mit den Regenerationskräften der Natur wäre dann möglich. Da die heute herrschenden Kräfte des Kapitals dann entmachtet wären, können durch Ökosteuern die Schadindustrien, die heute die Gesundheit der Menschen bedrohen, allmählich in Gesundheitsindustrien umfunktioniert werden, die die Verbraucher wieder mit gesunden, vollwertigen Lebensmitteln versorgen und so eine grundlegende Umwandlung des heutigen, Riesensummen verschlingenden Krankheitswesens in ein Gesundheitswesen einleiten. Alle gefährlichen Industrien können nach Beendigung der Geldherrschaft politisch durch Verbot ausgeschaltet werden. An erster Stelle die gesamte Rüstungsindustrie und die Atomindustrie. Befreit von Zinslasten kann sich die Solarenergie frei, sogar ohne Subventionen, entfalten. Dem ökologischen und sozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft steht dann nichts mehr im Wege.

Wie ist das Geldkapital zu entmachten ?

Abschließend wäre noch kurz darzulegen, wie das Geldkapital auch bei absinkendem Zins in den Umlauf gezwungen werden kann: Diese Frage ist so alt wie es Geld gibt. Der erste, der sie löste, war Diogenes: Er hatte im alten Athen die Geldwirtschaft als Sohn eines Bankiers von der Pike auf studiert und sie an der Akademie gelehrt. Das war der Mann, der später in der Tonne lebte und demonstrierte wie einfach Menschen leben können. Um den damaligen Kapitalismus zu überwinden empfahl er Geld aus dünnen Eisenblättchen zu machen. Sie rosten nämlich und werden nicht lange in der Tasche liegen, sondern auf den Märkten umlaufen. Um 1150 ahmte das Erzbischof Wichmann von Magdeburg nach. Ganz Mitteleuropa machte das in einer Generation. Er verrief das Geld 2mal im Jahr und gab für 12 alte Groschen nur 9 neue heraus. Die 3 Groschen waren die einzige Steuer für den Staat oder die Stadt – keine Besteuerung der Arbeit wie heute, sondern eine Geldsteuer. Ein Finanzamt brauchte er dazu nicht. Die Folge dieses umlaufgesicherten Geldes, das niemand hortete, weil er dann am Umtauschtag die Geldsteuer zahlen musste, war ein Aufschwung der Wirtschaft, die Blütezeit der Hanse und darauf aufbauend die Kulturblüte der Gotik. In der Krise von 1929 gab es umlaufgesichertes Geld im bayrischen Wald um Schwanenkirchen, das dort die Arbeitslosigkeit beseitigte und in Wörgl/Tirol, wo sie in 13 Monaten um 25% gesenkt und die Gemeindefinanzen saniert wurden. Heute könnte es so gemacht werden: Die EZB müsste 1 – 2- 3 mal im Jahr die großen Scheine (500er, 200er) gegen Geldsteuer in neue Serien umtauschen. Bei größeren Summen gegen Versteuerungsschein des Finanzamtes. Damit werden alle Steuersünder und alle illegalen Geldschieber, Waffen-, Frauen- und Drogenhändler erwischt! Der Geldkreislauf wird so absolut gesichert und eine neue Blütezeit für Europa könnte eingeleitet werden; Sozial gerecht, im Einklang mit der Natur und ohne Waffen und Kriege.

Sie meinen, das ist viel zu einfach, das kann nicht stimmen! Dann setzen Sie sich damit auseinander, fordern Sie die Zeitschrift **ALTERNATIVEN** für eine ökologische, solidarische, basisdemokratische, gewaltfreie Gesellschaft an, studieren sie volkstümliche und fachliche Bücher und versuchen Sie die Theorie des umlaufgesicherten Geldes, das vom Kaufmann Silvio Gesell um 1900 neu entwickelt wurde, aus den Angeln zu heben. Der Direktor des Weltwirtschafts-Instituts Kiel, Prof. Harms sagte um 1930: Die Theorie Silvio Gesells kann man nicht widerlegen – man kann sie nur ablehnen. Und nach Studium des Umlaufgeldes von Wörgl bekannte der damalige Währungspapst der USA, Prof. Irving Fisher: „Ich bin ein bescheidener Schüler des Kaufmanns Gesell. Mit seinem umlaufgesicherten Freigeld könnte ich in 3 Wochen die Krise in den USA (damals 14 Mill. Arbeitslose) überwinden.“ Und der wohl einflussreichste Ökonom der Neuzeit. Prof. J. M. Keynes sagte in „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ 1936: „Die Welt wird von Silvio Gesell mehr lernen als von Karl Marx.“ Ist es jetzt nicht an der Zeit, auf Gesell, auf den Erzbischof Wichmann, auf Diogenes zurückzugreifen? Um Gerechtigkeit und Freiheit, um Frieden und um eine naturverträgliche Zukunft zu verwirklichen!

Georg Otto, Initiator der ersten grünen Wahlbeteiligung in Hildesheim, Vorsitzender der GLU 1978/79, später grüner Fraktionssprecher im Kreistag Hildesheim, jetzt Herausgeber der ALTERNATIVEN, Sprecher der Liberalsozialen in Bündnis 90/Die Grünen und der Bürgerbewegung AKTION DRITTER WEG – A 3 W: 31079 Eberholzen, Gänseberg.

Sozialismus des 21. Jahrhunderts – Zur Programmdebatte der LINKEN

Die auf dem marxistischen Programm der Mehrwerttheorie aufgebauten politischen Programme der ehemaligen „sozialistischen“ Staaten sind um 1989/1991 gescheitert. Alleine mit volkseigenen Produktionsmitteln und Banken konnte kein Sozialismus dauerhaft aufgebaut werden. Die Volksmassen haben ihn beendet. Da ist ein Fehler im System, auf den zwar andere antikapitalistische Kräfte schon vor über hundert Jahren (1903 Prof. Ruhland, 1916 Silvio Gesell, Ende 19. Jahrhundert P.J. Proudhon) hingewiesen haben als es noch keinen realen Sozialismus gab. Aber die Marxisten ignorierten dieses.



Autor Peter Ziegert, Jahrgang 1941, wuchs in der DDR auf, lernte im Trabant-Werk Zwickau Kfz-Schlosser.

Er besuchte 1961-63 die Offiziersschule der Luftwaffe der NVA - Nationale Volksarmee der DDR - und schied 1987 als Oberstleutnant aus dem aktiven Dienst der NVA aus. Er war Mitglied der SED, ist aktiv in der Programm-Diskussion der LINKEN im KV Frankfurt/Oder und versucht dort einen Sozialismus in Freiheit zu verankern. Er lernte diesen nach der „WENDE“ in den Vorträgen von Prof. Bernd Senf in Berlin kennen. Im jetzt dem Parteitag vorliegenden Programm - Entwurf sieht er seine Ansätze noch nicht wieder.

Der Hauptfehler, der nicht beachtet wurde, ist das Zinsgeldsystem(ZGS).

Alle ZGS sind Ausbeutersysteme. Die Marx-sche Mehrwerttheorie ist zwar theoretisch in sich geschlossen, hat aber in der Praxis nicht bestanden. Jede produktive Gesellschaft muss Mehrwert erarbeiten, sonst kann sie nicht die nichtproduktiven Bereiche der Gesellschaft wie Kultur, Bildung usw. entwickeln. Wichtig ist, steht der erarbeitete Mehrwert der Gesellschaft voll zur Verfügung oder muss ein Teil als Zins an die Reichen abgeführt werden und steht eben nicht für sozial-kulturelle Bereiche aller bereit.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft werden die Preise soweit gedrückt, dass oft nur geringe Gewinne o. Mehrwerte übrigbleiben. Beispiele: Bauwirtschaft hat einen Gewinn von 3-5 %, Nahrungswirtschaft von 4 %, Autoindustrie von 6 %. In diesen Branchen ist der Mehrwert gering. Wird er durch die Marktbedingungen noch geringer kommt es zu Firmenpleiten. Dort wo hohe Gewinne

erzielt werden, z.B. in der Pharmaindustrie, die das Geschäft mit der Krankheit betreibt, liegt der Gewinn bei 25,8 %. In der Pharmaindustrie werden mit die höchsten Löhne und Gehälter gezahlt.

Wie das kapitalistische Geldsystem funktioniert ist ein gut gehütetes Geheimnis des Kapitals.

Bisher rüttelten nur Prof. Ruhland und Silvio Gesell daran. Beide werden totgeschwiegen. Warum nur? Weil diese Lehren die wahren Ursachen von Ausbeutung, Krisen und Krieg aufdecken und somit gefährlicher für das Kapital sind als die marxistische Mehrwerttheorie? Das von Marx aufgedeckte Gesetz vom Fallen der Profitrate genügt zur Erklärung der Ursachen der Ausbeutung, von Krisen und Krieg und ist identisch mit Gesells Lehre vom Sinken der Rentabilität des Kapitals.

Der Fehler besteht im kapitalistischen Geldsystem, das auf dem Zinseszins aufgebaut ist und die Gesellschaft in arm und reich spaltet.

Alle Zinsgeldsysteme sind Ausbeutersysteme und unterliegen dem kapitalistischen Wirkprinzip **der Ausbeutung der Arbeit anderer** durch den Zins. Eine sozialistische Geldreform muss daher einen Zins nahe Null zum Ziel haben, sonst ist keine gerechte Gesellschaft möglich. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich in einem Zinsgeld-System ist unabhängig vom Gesellschaftstyp, Kapitalismus oder realer Sozialismus, private Produktionsmittel (PM) und Banken oder vergesellschaftete PM und Banken. Solange das Zinsgeldsystem besteht sind Gesellschaften, die sich sozialistisch nennen, nur eine vorübergehende Erscheinung und schlagen nach einer bestimmten Zeit wieder zum Kapitalismus um. So wie wir es 1989/1990 erlebten und Prof. Ruhland schon vor über hundert Jahren vorhersah. Das werden jetzt einige Linke empört zurückweisen. Es ist nun aber so: Der Zins wird immer vom erarbeiteten Mehrwert der Gesellschaft abgezogen und fließt leistungslos in private Taschen. Der Arbeiter mit einem Sparguthaben ist auf der einen Seite Empfänger von Lohn und auf der anderen Seite Empfänger von leistungslosem Einkommen, von Zins. Große Vermögen, die nicht verkonsumiert und gespart werden, werfen hohes leistungsloses Einkommen ab. Für 10 % der Bevölkerung sind das bei ca. 4,8 Billionen verzinsungsfähigem Geldvermögen im Jahr ca. 500 Mrd. Zinsen. Sie werden von den anderen 90 % erarbeitet und um diese Summe wird das verteilbare Sozialprodukt gekürzt.

Die Umverteilung von arm zu reich jetzt in Höhe von 500 Milliarden € jährlich ist nicht mit dem Privatbesitz an Produktionsmitteln zu erklären, aber mit dem Zinsgeldsystem schon. (diese Zahlen sind durch Veröffentlichungen der Bundesbank belegbar). Über den Zins wird ein großer Teil des gesellschaftlich erzeugten Mehrwertes von den Geldkapitalisten privatkapitalistisch angeeignet.

Auch im Sozialismus war das so, dass z.B. 1988 in der DDR rund 12 % des erarbeitenden Nationaleinkommens als Zinsen auf private Konten flossen und nicht als Lohn an die Arbeiter ausgezahlt werden konnte. Wenn das keine, zwar versteckte, aber vorhandene, Ausbeutung war?

Vermögende über 500 000 € gehören im Kapitalismus zu den Zinsgewinnern, alle anderen 85 % des Volkes, sind trotz Zinseinnahmen Zinsverlierer da in allen Preisen und Steuern jetzt rund 40% Zinsen versteckt sind.

Wie geschieht die Ausbeutung?

a) In der produktiven Sphäre: Ein Arbeiter arbeitet z. B. 5^h für seinen Lohn, 3^h für das Unternehmen - so ungefähr die Darstellung bei Marx. Wenn man dann bei den meisten Betrieben (außer Monopolen) die Gewinnspannen nach Steuern heranzieht, so liegen viele nahe an der Rentabilitätsgrenze. Da ist nicht mehr viel mit Ausbeutung durch den Unternehmer. Der Mehrwert eines Unternehmens realisiert sich auch erst nach dem Verkauf der Ware. Der Preis für die Ware unterliegt sowohl Markt- wie Monopolbedingungen und wird durch sie auf ein niedriges Niveau oder überhöhtes Niveau gedrückt. Dementsprechend liegen die Löhne in den einzelnen Branchen unterschiedlich hoch. Der Zins muss erbracht werden, unabhängig vom erzielten Mehrwert und um diesen Betrag wird, **muss**, der Lohn gekürzt werden, unanständig von der erzielten Gewinnhöhe. Kann der Unternehmer den Zins und die Tilgung nicht mehr aufbringen, wird ihm das Eigentum weggepfändet und die Arbeiter fliegen auf die Straße.

b) Die entscheidende, aber verschleierte Ausbeutung der gesamten Gesellschaft geschieht über die Verschuldung und die darauf zu zahlenden Zinsen. Der Rohstoffproduzent ist verschuldet und schlägt seine Zinsen auf seine Preise auf. Der Transporteur hat Zinszahlungen zu leisten, der Produzent der Fertigware, der Verkaufskonzern usw. **Deshalb sind jetzt in allen Preisen rund 40 % Zinsen versteckt, rund 500 Mrd. € Zinsen im Jahr.** 1970 waren es erst ca. 12% = ca. 7 Mrd. € Zinsen pro Jahr. Im realen Sozialismus hatten wir einen ähnlichen Verlauf des Anstieges der

Zinskurve. Zinsen unterliegen einem exponentialen Wachstum, das heißt sie wachsen mit steigender Verschuldung immer schneller. Alle Systeme die einem exponentialen Wachstum unterliegen sind zum Zusammenbruch verurteilt, denn ständiges Wachstum gibt es in der Natur nur bei Krebs oder einer Explosion. Beides leitet immer das Ende eines Systems ein. **Zwang zum Wirtschaftswachstum ist Folge unseres Zinsgeldsystems.**

Die Summe aller Schulden ist wegen des zusätzlich geschaffenen Schuldzinses stets größer als die Summe aller Guthaben. Folge dieser Konstruktion des Geldsystems - ist ein exponentielles Wachsen der Guthaben und Schulden. Damit diese Schulden durch neue dingliche Sicherheiten gedeckt sind, ist eine ständig wachsende Wirtschaft nötig. Sobald die Wirtschaft nicht wächst, sinken die Rendite/Zinsen, der Geldkapitalist, der Geldanleger investiert nicht mehr in die Wirtschaft und gleichzeitig sind Schulden nicht mehr ausreichend mit Werten gedeckt. Die Banken verweigern in dieser Phase Kredite: Folge sind Krise und Pleiten.

Im exponentiellen Wachstum, das der Wirtschaft durch das Zinssystem aufgezwungen wird, liegt der Grund für weiter steigenden Naturverbrauch, damit auch weiter steigendem Energieverbrauch, der dann nur noch mit Atomstrom zu decken ist. Hier liegt ein Widerspruch zur neuen Energiepolitik.

Es ist auch nicht möglich eine Exponentialfunktion mit verstaatlichten Banken und Produktionsmitteln abzubremsen, wie sich dies Teile der Linken vorstellen.

Zinsen für ausgereichte Kredite liegen in der Regel über 5 % Zinsen. Um die Zinsen zu erarbeiten muss mehr produziert werden, mindestens in Höhe des Zinssatzes. Da alle Unternehmen mit Krediten arbeiten müssen, sind die Zinsen nur mit steigender Produktion zu erarbeiten. Deshalb ist der Zins verantwortlich dafür, dass die Wirtschaft ständig wachsen **muss**, auch wenn das aus Sicht der Sättigung des Marktes gar nicht nötig wäre. Liegt der Zins höher als das Wirtschaftswachstum, müssen die Löhne gekürzt oder eingefroren werden. Eine ganz einfache betriebswirtschaftliche Rechnung. Das ist seit ca. 1995 so, da dort das Zinswachstum höher wurde als das Wirtschaftswachstum. Seit dieser Zeit sind die Löhne so gut wie nicht mehr gestiegen, obwohl die Wirtschaft weiter gewachsen ist.

Die entscheidende Frage ist - wie steht die Partei - DIE LINKE - zum Zinsgeldsystem? Ignoriert sie weiter dieses Problem, dann befürwortet sie das Zinsgeldsystem und wer

das ZGS befürwortet, befürwortet auch bewusst oder unbewusst die Ausbeutung von Mensch und Natur. Dieser Frage muss sich die LINKE stellen, denn ohne Reform des Geldsystems, hin zu einem ausbeutungsfreien Geldsystem, ist die Ausbeutung und die Teilung der Gesellschaft in arm und reich, sind Krisen und Arbeitslosigkeit, auf Dauer nicht zu überwinden.

Die Ausbeutung von Mensch und Natur sind in Zinsgeldsystemen objektive Prozess und deshalb nicht zu verhindern und das führt nach einem bestimmten Zeitpunkt immer in die Krise und dann zum Zusammenbruch der Gesellschaft. Das Zinsgeldsystem erzwingt das ständige Wachstum der Wirtschaft bis zum Crash.

Ein ständig erzwungenes Wirtschaftswachstum verbraucht auch immer mehr Energie, deshalb ist eine Energiewende in einen Zinsgeldsystem nicht möglich oder nur eine halbe Sache. Ein steigender Energieverbrauch, auf Grund des erzwungenen Wirtschaftswachstums, ist ohne Atomenergie nicht machbar. **Darüber muss sich die Linke und nicht nur sie klar sein.**

Kapitalismus ist das größte Übel der Menschheit. Kapital ist Zins tragendes Eigentum. Kapitalismus ist das Streben nach Erhalt und Ausbau der leistungslosen Einkommen, Zins/Rendite. Ein Kapitalist ist ein Wesen, das diese unverdienten Erträge, ohne eigene Arbeitsleistung, einstreicht.

Deshalb gibt es nur zwei Klassen in der Gesellschaft. Die Klasse der arbeitenden Menschen, dazu gehören Arbeiter, Handwerker, Unternehmer, Künstler, Polizisten usw. und es gibt die Klasse der Schmarotzer, die von leistungslosen Einkommen ohne eigene Arbeit leben und sich ohne eigene Arbeitsleistung die besten Ergebnisse (jährlich jetzt rund 500 Milliarden € von 2,4 Billionen € Gesamt BIP im Jahr aneignen, welches die arbeitende Bevölkerung erarbeiten muss.

Die Lösung: Auf lange Sicht gibt es mit konsequenter konkreter Logik nur eine Lösung: Die Exponentialfunktion des Zins – und Verschuldungswachstums muss aus dem Wirtschaftssystem entfernt werden. Dies gelingt nur, in dem die Triebkraft, die uns zu immer mehr Wachstum zwingt, entschärft wird: Die Zinseszinsfunktion unseres Geldsystems. der Zins, den alle Weltreligionen verbieten, muss aus dem System eliminiert werden. Dieser Eingriff ermöglicht es, Wohlstand auch ohne Wachstum zu schaffen.

(Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik)

Das System des Sozialismus – Jedem nach seiner Leistung, jedem nach seinen

Bedürfnissen, kann nur in einer ausbeutungsfreien Geldwirtschaft verwirklicht werden. Ist der Zins raus, steht dem Arbeiter der volle Arbeitsertrag zur Verfügung und er bekommt bei gleicher Leistung mehr Lohn. Der Zins muss nicht mehr an reiche Geld-Säcke abgeführt werden. Jetzt ist ohne Lohneinbuße die Arbeitszeit zu kürzen. Ökologie und Ökonomie können im Einklang gebracht werden..

Um den Zins in den Bereich null zu senken, muss Geld mit einer Umlaufsicherung versehen werden, die es auch ohne Zins zwingt, sich dem Wirtschaftskreislauf anzubieten.

Nicht die Überführung der Banken und Produktionsmittel in Volkseigentum beseitigen die Ausbeutung und den Kapitalismus, sondern die Reform des Geldsystems. Eine sozialistische Geldreform beseitigt die Spekulation mit dem Kapital, beseitigt die Macht des Geldes und macht Regulierungen des Finanzmarktes überflüssig, da sich der kapitalistische Finanzmarkt sowieso nicht regulieren lässt, aber bei einer Geldreform wirft verborgtes Geld als Anlage keinen Zins ab. Worauf soll dann noch jemand spekulieren??

Ursache des außer Kontrolle geratenen Finanzmarktes ist doch das Streben, das Kapital/Geld so gut wie möglich zu vermarkten. Macht beim Streben nach hoher Rendite/ Zins nicht jeder gerne mit, auch die besten „Kommunisten“?????), mit immer höheren Risiko, da sich die Verwertungsbedingungen für das Kapital in einer gesättigten Marktwirtschaft ständig verschlechtern.

Ist der Zins raus aus dem Geldsystem, stehen jedem der ca. 38 Mill. arbeitenden Menschen monatlich rund 500 € mehr zur Verfügung. Der Zinsertrag, der bisher als leistungsloses Einkommen an die 15 % Reichen geflossen ist, fließt jetzt in den Lohn ein. Das kurbelt die Wirtschaft an, die Arbeitslosigkeit wird beseitigt und schafft Sachwerte bis an die Grenze der Marktsättigung. Dann kann die Wirtschaftsleistung verringert werden ohne Krisen auszulösen..

Nach einer Geldreform sollten Versorgungsmedien, Wasser, Energie usw. in kommunales Eigentum überführt werden. Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen – nicht mehr durch Mehrwerte/Zins gekürzten - Arbeitsertrages ermöglicht den Arbeitenden selbst PM zu erwerben oder mit anderen in Selbstverwaltung zu gründen.

Eine Geldreform muss mit einer Bodenreform einhergehen, damit der Boden nicht zum Spekulationsobjekt wird. Er ist unter ökosozialen Kriterien langfristig, auch in Erbpacht, zu vergeben.

Die nächste Seite erklärt die Funktion des Umlaufgeldes an einem historischen Beispiel.

Erfolgreicher Kampf der Gemeinde Wörgl gegen die Weltwirtschaftskrise mit umlaufgesichertem Kommunalgeld

Der Gemeinderat von Wörg/Tirol beschloss nach langer Überzeugungsarbeit des Bürgermeisters Michael Unterguggenberger im Juni 1932 einstimmig die Einführung von Arbeitswertscheinen, mit denen zuerst Notstandsarbeiter bezahlt wurden und mit denen in den Geschäften gekauft werden konnte. Die Händler konnten damit untereinander handeln oder Gemeindesteuern zahlen, so dass diese weitere Notstandsarbeiter einstellen konnte. So entstand neben dem Kreislauf mit Staatsgeld ein Kreislauf der Arbeitswertscheine. Gedeckt wurden sie durch bei der Ortsbank eingezahltes Staatsgeld der Gemeinde. Das besondere war, dass an jedem Monatsende der Inhaber des Scheines 1% des Nennwertes als Marke bei der Gemeinde kaufen und den Schein immer vollwertig halten musste, was bewirkte, dass möglichst alle die Scheine rechtzeitig durch Käufe ausgaben und so die Wirtschaft wieder in Schwung kam. Die Scheine wurden auch FREIGELD genannt, weil sie von Arbeitslosigkeit und Not befreiten.

Kaus Rohrbach schildert in seinem Buch FREIGELD wie bereits vor der ersten Ausgabe der Scheine durch den Wohlfahrtsausschuss der Gemeinde der Staat durch Pressemeldungen alarmiert wurde: "Was sollen wir jetzt bloß tun" Krisenstimmung im Amtshaus! Dr. Stawa und Pfarrer Riedelsberger, die Treuhänder, und der Bürgermeister besprachen den Fall. Noch bevor die ersten Scheine ausgegeben worden waren, sorgte ein Schreiben der Tiroler Landesregierung für Aufregung, Michael Unterguggenberger hatte den Brief schon vorgelesen. „An den Marktmagistrat in Wörgl! Zeitungsmeldungen zufolge gibt die Marktgemeinde Wörgl Notgeld aus. **Falls sich diese Meldung bewahrheitet, verletzt die Gemeinde hierdurch das Banknotenprivileg der Nationalbank (Art. 122)** Der Marktmagistrat wird vorbehaltlich weiterer Verfügungen beauftragt, eine Abschrift der Niederschrift des bezüglichen Gemeinderatsbeschlusses vorzulegen“

In der Antwort der Gemeinde hieß es u.a. „... dass es sich bei der vermeintlichen Notgeldausgabe um die bereits im Gang befindliche Nothilfe-Aktion des Wohlfahrtsausschusses handle, die auf lt. Protokoll des Gemeinderats durchgeführt wurde. ... „Die Arbeitsbestätigungen sind nur Anerkennung einer bestimmten Leistung im Ausmaße eines bestimmten Geldwertes.“ Es wird bemerkt, dass der Bürgermeister bereits mündlich die Behörden informiert habe und dass „die Aktion in allen Bevölkerungskreisen volles Verständnis gefunden hat“

„Das verschafft uns erst mal Spielraum“ mutmaßte der Bürgermeister. Doch wusste er, dass hinter dieser Warnung die Notenbank steckte Sie sah ihr GELD-Privileg in Gefahr. Mehr schmerzte ihn der Widerstand von ganz anderer Seite. Nicht die Kaufleute, der Pfarrer, die bürgerlichen Parteien oder die Bevölkerung, nein, **seine eigenen sozialistischen Parteiführer wollten vom FREIGELD nichts wissen.** In solchen Momenten fühlte sich er sich einsam. Aber von der Sozialdemokratischen Partei ließ er sich nichts vorschreiben.



Mit diesen Scheinen senkte Wörgl in einem Jahr die Arbeitslosigkeit um 25 %, während sie weltweit stieg. Es gingen wieder Steuern ein und so konnten Straßen, Kanalisation und eine Brücke gebaut und der Wildbach verbaut werden. Das Bild zeigt eine für 6 Monate mit der Marke beklebte Arbeitsbestätigung, die zur Vermeidung von Verlusten – 10 Groschen im Monat bei 1 Schilling - schnell für Käufe weiter gegeben wurde. Denn GELD soll rollen, wenn wir leben wollen. Das Buch ist bei der Redaktion (31079 Eberholzen, alternative-dritter-weg@t-online.de) zu bestellen und kostet bei 144 Seiten mit Illustrationen von der Aktion mit Porto € 15, 50. Es liest sich in Romanform recht flüssig und eignet sich auch als Geschenk für jung und alt.

Ähnlich dem Wörgler Freigeld sorgte im Raum Schwanenkirchen im Bayr. Wald die WÄRA für Arbeit im stillliegenden Braunkohlenbergwerk und für einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf. 60 Bergleute wurden eingestellt. Nach diesen Vorbildern gibt es jetzt in der Bundesrepublik ca. 50 Gruppen, die in ihrer Region umlaufgesichertes Zweitgeld einführen wollen. In ca. 10 Regionen funktioniert es bereits. Beide Gemeinden zeigten: Der Erfolg ist bes. groß, wenn die Gemeinde oder ein Unternehmen mitmachen. Das ist eine Sache für Kommunalpolitiker. So hat die LINKE für den Kreis Hildesheim die Forderung nach einem Kommunalgeld ins Programm für die Kommunalwahl 2011 aufgenommen.

Weitere Informationen – auch über das umlaufgesicherte Brakteatengeld im Hochmittelalter, der Grundlage der Blütezeit der Hanse und Hochgotik, gibt es bei der Bürgerinitiative A3W – ALTERNATIVE - DRITTER – WEG 31079 Eberholzen, Gänseberg 11 – Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de --- www.alternativen.biz,

Europa in der Schuldenfalle

von Wilhelm Schmülling

Alle Welt spricht von Griechenland, oft in überheblichem Ton. Wie konnte der griechische Staat mehr Angestellte einstellen als er braucht und sie zum Teil mit 18 Monatsgehältern pro Jahr entlohnen? Wie konnte es die Finanzbehörde zulassen, dass sich die Griechen trickreich vor den Steuern drücken? Auch die Arbeitsmoral der Griechen war nicht nach preußischen Vorstellungen. Das sind nur einige Beispiele von nicht hilfreichen Zustandsbeschreibungen, die unterstellen, Griechenland habe selbst schuld und Deutschland sei ein Vorbild. Ist das berechtigt?

Bei unseren nahezu zwei Billionen € Staatsschulden, die wir bei Fälligkeit mit neuen Krediten ablösen und die Zinsen darauf zahlen, ist das nicht berechtigt. Nein, ein Vorbild ist Deutschland gewiss nicht! Wir haben den Julisturm geplündert, dann den Schuldenberg angehäuft und – vom Bund der Steuerzahler errechnet – Steuern in kaum nachvollziehbarer Höhe verschwendet – wohlgerne nicht von den Bürgern, sondern von den Behörden. Das alles ist nicht vorbildlich.

Merken wir nicht, wie wir uns als deutsche Oberlehrer unbeliebt machen? Schlimmer noch: Merken wir nicht, wie wir mit Überheblichkeit die griechischen Bürger als Schuldige am Finanzdebakel hinstellen und damit von den wahren Gründen der immer weiter eskalierenden Schuldenkrise ablenken – zur Freude derer, die an der Krise verdienen? In den Medien und Talkshows kann man diese – man muss schon sagen – Taktik verfolgen: Immerzu die griechischen Bürger beschuldigen! Das sind ausgerechnet diejenigen, die durch drastische Sparmaßnahmen in Existenznot geraten. Das ist gekonnte Ablenkung nach dem Motto: Haltet den Dieb! Auch die Feststellung, Griechenland habe sich durch Bilanzfälschung in die Europäische Währungsgemeinschaft hineingeschmuggelt – übrigens mit Hilfe einer amerikanischen Großbank –, gehört zur Vernebelungstaktik. Die Ursache der griechischen und europäischen Finanzkrise wird nicht thematisiert.

So versucht der griechische Staat, durch Sparen, Privatisieren, Lohnkürzen usw. die Voraussetzung für weitere Hilfszahlungen zu schaffen, wohl wissend, dass nur Zeit gewonnen wird aber die Kreditkosten erhöht werden, was weitere Sparmaßnahmen erzwingt. Je mehr die Bürger belastet werden, umso

mehr revolutionäre Wut steigt auf, umso mehr Streiks mit Randalen verwüsten die Straßen und steigern die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen. Diktatoren wittern ihre Chance, die Demokratie gerät in Gefahr.

Dieser Situation können weder Griechenland noch die Länder Europas entkommen, wenn sie nicht die Strukturen des Finanzsystems erkennen, ein Finanzsystem, in dem letztlich die Verschuldung systemimmanent ist. Allein durch die Frage, ob der Verschuldungszwang systembedingt sei, gerät der Frager ins politische Abseits. Alle nur erdenklichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung kann man vorschlagen und seien sie noch so absurd – denken wir nur an den Vorschlag zum Verkauf griechischer Inseln. Aber die Systemzwänge selbst zu erkennen oder sie gar verantwortlich für die weltweiten Krisen zu machen, ist politisch inkorrekt.

In dieser Zeitschrift wird das Finanzsystem als das erkannt, was es ist: Kapitalismus, als eine auf Kapitalertrag ausgerichtete Finanzordnung. Ohne Rücksicht auf die Marktwirtschaft müssen sich alle Wirtschaftsteilnehmer bei Strafe des Existenzverlustes diesem Zwang, Rendite zu erwirtschaften, fügen. Somit sind persönliche Schuldzuweisungen ungerecht, auch nicht an Verbände oder Politiker. Alle müssen sich diesem System unterordnen. Doch schuldig werden sie, wenn sie ihr Handeln als alternativlos bezeichnen und sich weigern, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien. Man kann dem heutigen Schuldensystem nicht mit weiteren Sparmaßnahmen im sozialen Sektor entinnen, man kann es nur ablösen durch eine soziale und freie Marktwirtschaft.

Das ist eine langfristige Lösung. Wir müssen aber die akute Krise Griechenlands und Europas überwinden. Das geht nur mit einer bisher noch nicht formulierten geordneten Insolvenz Griechenlands. Die Gläubiger werden auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten müssen. Auch ein möglicher Dominoeffekt weiterer Insolvenzen müsste in Kauf genommen werden. Dann stünden wahrlich große politische Gestaltungsaufgaben an. Der in Gefahr geratene europäische Gedanke müsste gerettet und eine stabile Weltfinanzordnung vorangetrieben werden. Wahrlich eine große politische Aufgabe, aber eine, die für Europa geleistet werden muss.

Der Euro ist zu retten und Europa libertär und sozial, demokratisch, ökologisch und gewaltfrei zu gestalten.

Wir veröffentlichten auf der vorigen Seite einen Kommentar von Wilhelm Schmülling, Herausgeber der Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT und danken für die Genehmigung des Abdrucks. Wir begrüßen, dass diese Zeitschrift das jetzige Finanzsystem als das erkennt, was es ist: Kapitalismus, eine auf Kapitalertrag, ZINS, ausgerichtete Finanzordnung und dass der in Gefahr geratene europäische Gedanke zu retten und eine stabile Weltfinanzordnung zu schaffen ist. Wie die Bürgerinitiative ALTERNATIVE DRITTER WEG tritt HUMANE WIRTSCHAFT und ihr herausgebender Förderverein Natürliche Wirtschaftsordnung e. V. für die Umlaufsicherung der Geldes als ein wesentliches Mittel ein um den Kapitalismus in eine freiheitliche und sozial gerechte Marktwirtschaft umzuwandeln.

Was bedeutet das nun für die europäische Politik, die derzeit nur für ständig neue Krisen sorgt und mit schuldenfinanzierten Rettungsschirmen versucht die Zahlungsfähigkeit der besonders bedrohten Schuldnerstaaten, einen nach dem anderen, immer wieder für eine kurze Zeit herauszuschieben? Es ist dabei nur die Frage, wann bei diesem Verfahren die Bundesrepublik selbst an der Reihe ist unter den Europäischen Rettungsschirm zu flüchten. Immerhin ist der neueste Stand der Verschuldung des Staates Deutschland auf 83 % seines Sozialproduktes geklettert. Eine Frage ist dann nur noch, wer dann der Zahlmeister sein wird?.

Gerade unter den Kritikern des Euros suchen viele die Ursachen der Krisen in der Aufgabe der alten nationalen Währungen und meinen durch Rückkehr zum Franken, zum Gulden oder zur Deutschen Mark liege eine Lösung zur Überwindung der jetzigen Krisen. Dabei wird übersehen, dass keine der alten Währungen eine stabile Kaufkraft hatte. Die DM z.B. entwertete sich in dem halben Jahrhundert ihrer Gültigkeit auf 27% ihrer ursprünglichen Kaufkraft. Anders ausgedrückt: Eine DM aus den ersten Jahren, z. B. 1950 gespart, konnte bei ihrer Abschaffung real nur noch für ca. 30 Pfennige Ware kaufen. Und gerade der DM wird heute nachgetrauert, sie sei eine besonders stabile Währung gewesen. Besonders falsch ist auch die Meinung dem EURO die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuzuschreiben. Noch beim Regierungsantritt von Willy Brandt 1969 hatte die alte BRD erst um die 150. 000 Arbeitslose. Helmut Schmidt übergab an die CDU unter Helmut Kohl 12 Jahre später ca. 1,8 Mill. Arbeitslose und dieser steigerte diese Zahl

im letzten Jahr seiner Regierungstätigkeit auf 4,7 Millionen. Ähnlich war es mit der Staatsverschuldung oder der Verarmung von immer mehr Menschen bei steigendem Reichtum von wenigen. All dies passierte noch unter der DM !

Im Junibericht 2009 ließ die Bundesbank die Katze aus dem Sack. Sie gestand, dass sie die von ihr für die BRD herausgegebene Geldmenge nicht beherrschte: 55- 65 % wurden 2008 – im schlimmsten Jahre der KRISE g e h o r t e t. Das Geld blockierte die Wirtschaft und spekulierte auf den Weltfinanzplätzen., was wir gerade jetzt fast jeden Tag im Fernsehen wieder beobachten können. Noch ist die Bundesbank nicht bereit zuzugeben, dass in der von ihr jetzt erstmalig so deutlich zugegebenen GELDHORTUNG auch die Ursachen aller Krisen liegen, einschließlich der horrenden Zinsgewinne sowohl als Ursache von Armut-Reichtum, wie der durch Geldhortungen ausgelösten Arbeitslosigkeit.

Dort sollte die EU ansetzen und die EZB veranlassen durch umlaufgesichertes Geld die Grundlage für eine stabile Wirtschaft zu schaffen. Zweitens ist die starre künstliche Wirtschaftseinheit vom Nordpol bis zum Mittelmeer zu der der EURO führen soll, aufzugeben durch den Grundsatz der Regionalität auch über die alten Staatsgrenzen hinweg, in denen selbst zu entscheiden ist, was für die Regionen gut ist. Besonders gut wären dafür neben einem sanierten Gesamt-EURO zusätzliche REGIONALGELDER. Dann können sich die Völker Europas von der Herrschaft des Geldes befreien und die bürokratische EU umbauen in ein libertäres Europa. Und zwischen den Währungsblöcken des Dollars, des EUROS, des Rubels, des YEN und des YUAN ist der BANCOR als internationale Recheneinheit nach den Vorschlägen des engl. Weltökonom John Maynard Keynes einzuführen. Ähnlich wollte Silvio Gesell das Weltfinanzsystem ordnen.

Das ist ein Handlungsprogramm für das sich Wilhelm Schmülling in der HUMANE WIRTSCHAFT für die Rettung des europäischen Gedankens und einer stabilen Weltfinanzordnung einsetzt, eine „wahre große politische Aufgabe, eine, die für EUROPA geleistet werden muss“. Und wer nicht wie die auf Silvio Gesells Umlaufgeld, seinem soziales Bodenrecht und seiner Weltoffenheit fußende NWO-Bewegung könnte diese Aufgabe mit ihren vielfältigen Gruppen besser angehen ? G. Otto

Wieder einmal bei der verflixten letzten Seite gelandet ?

Mit einigen LeserInnengruppen bin ich über einige Punkte dieser Seite schon im Gespräch. Wer noch nicht reagiert hatte, wird daran erinnert. Ich selbst bin allen schuldig zu sagen, warum die Frühjahrsnummer, die einige schon beim Kongress MACHT GELD SINN im März in Berlin erhielten, erst jetzt mit der Herbstnummer zum Versand kommt. Einmal liegt es an diesem Kongress selbst, der unerwartet in meine Planung hineinkam und alles weitere verschob, an einigen weiteren Treffen u. a. in Frankfurt/Oder – dort mit eher linken Kräften, einem weiten Treffen in Berlin, bei dem die Geldschöpfung der Banken diskutiert wurde. Besonders positiv war ein Vortrag vor der Evang. Studentengemeinde in Clausthal-Zellerfeld am Tag nach der ersten Augenoperation, der inzw. die zweite erfolgreich folgte, was zeigt, dass dies heute in der Regel ein „einfacher“ Eingriff ist. Es kam dann noch ein Krankenhausaufenthalt hinzu, bei dem die Ärzte den Nachweis für den Herzinfarkt nicht fanden, für den aber bereits das nächste Langzeit-EKG terminiert wurde. Bei dieser Gelegenheit entstand der Hauptaufsatz der Herbstnummer als Materialsammlung aus den Tages- und Monatszeitungen, die ich in der Regel nicht Zeit habe zu lesen, was unser über 2000 M2 - Grundstück im Sommer nicht zulässt - außer unserem Regionalblatt, das mich über die Zentralredaktion in Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden hält.

Das Ereignis selbst unterstreicht die Notwendigkeit der verflixten letzten Seite vom letzten Jahr, zumal jetzt der 83. Geburtstag signalisierte, dass meine Zeit insgesamt knapper wird. Hier vor Ort hat sich mehr oder weniger von selbst bei unserem Tagestreff am 8. 8. ergeben, dass der engere Kreis um Hildesheim sich im Winter mit dem Thema REGIONALGELD mit Unterstützung von Braunschweiger Sachverständigen beschäftigen wird, was am 19. 9. fortgesetzt wird. Da bin ich nur Randfigur –allerdings konnte ein Angebot eines kostenfreien Standes bei der INDUSTRIEMESSE Alfeld vom 6. – 9. 10. nicht abgelehnt werden und am 8. 8. fanden sich da schon einige Helfer. Mit dem Thema wollen wir mal sehen, ob das Interesse an der **RETTUNG des EUROS – ABER WIE ?** groß genug ist die Arbeit im Südkreis wieder aufzunehmen. Immerhin gab es vor ca. 30 Jahren dort ein Doppelseminar mit Helmut Creutz in der VHS mit 25 Teilnehmern um 17 Uhr und 20 Teilnehmern um 20 Uhr. Jetzt sind die GRÜNEN

Ob oder nicht --- und wann eine Wahlbeteiligung sinnvoll wird, A3W braucht eine Programmüberarbeitung, wenn die Weiterarbeit gewünscht wird. Wenn wir Parteien und Regierungen auf die NWO-Lösungen hinweisen, ist es schon gut, unsere Programmvorstellungen der Natürlichen Wirtschaftsordnung –NWO darzustellen, zumal versch. Gruppen einige Fragen unterschiedlich beantworten. Forts. Seit 24

froh ihren Mann im Stadtrat zu halten. Allerdings könnte die jetzige grüne Welle auch in der Provinz reichen am 11. 11. einen zweiten Mitstreiter in den Stadtrat ALFELD zu wählen.

Was aber weiter fehlt und ungeregelt ist, was aber mit sehr losen Organisationsstrukturen eben reicht, solange ich das Netz zusammenhalte, sind festere organisatorische Strukturen in Niedersachsen (Norden) und Sachsen (Mitteldeutschland – rein geographisch verstanden) und als Abschluss eine Neuwahl eines Bundesvorstands von A3W – ALTERNATIVE DRITTER WEG, dem ich dann nicht mehr angehören sollte. Das sollte der Arbeitsumfang von 3 Jahren sein, von denen jetzt 1 Jahr um ist, und auch mit meiner Ablösung von der Redaktion von DRITTER WEG verbunden sein. Dazu gehören Debatten über die Frage, was A3W als politische Bürgerinitiative von den NWO-Parteien wie HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI und BZ – BÜNDNIS ZUKUNFT und von den NWO-Aufklärungsorganisationen, vor allem von der INWO, unterscheidet und wo Überschneidungen vorliegen, **so dass A3W sowohl Partei im Wartestand wie Aufklärungsorganisation ist.**

Als Partei im Wartestand beschlossen wir im Raum Hannover-Hildesheim 2009/10 schon einmal die Statuten einer LISTE DRITTER WEG – darüber bestand Einigkeit: Wenn im Norden so etwas gestartet wird, dann unter einer solchen Bezeichnung. Auch wurde ein Programm andiskutiert und erst mal auf Eis gelegt. Für die Bundestagswahl 2013 wäre das ohnehin zu spät und wer eine Ablösung der CDU aus der Regierung will, kann das nur erreichen durch **Stärkung der jetzigen Oppositionsparteien, dass sie zu dritt eine Regierung bilden können. Bleibt die dritte – die LINKE dabei außen vor, was d e r z e i t SPD und GRÜNE wollen, so ist** die CDU immer die stärkste in einer Verbindung mit der zweitstärksten oder drittstärksten Partei und die jetzige umstrittene Kanzlerin kann wieder die nächste Kanzlerin werden, falls sich das die CDU-Mitglieder besonders nach der gestrigen Kritik von Altkanzler Kohl und Bundespräsident Wulff (an ihr) weiter gefallen lassen. Der eine kritisiert, dass „die deutsche Außenpolitik keine berechenbare Größe mehr sei“ und der andere kritisierte das „massive Aufkaufen (wertloser, d. Red.) Staatsanleihen durch die EZB“, was von der Kanzlerin verteidigt wird.

I N S E R A T: Die Dominanz des Englischen ist kein Zufall, sondern eine gezielte Beeinflussung zum Vorteil der englisch sprechenden Länder, denn mit Englisch als Muttersprache ist dieser Teil der Welt allen anderen Nationen überlegen. Die Kosten der internationalen Verständigung lasten einseitig auf den Schultern der nicht Englisch sprechenden Länder und ist für sie eine wirtschaftliche Benachteiligung. Mit der internationalen Sprache **Ido**, die zehnmal leichter zu erlernen ist als Englisch, bestände Chancengleichheit mit anderen Sprachen. Unterstützen und Lernen Sie Ido! **Weitere Informationen gegen 0,55 c. in Briefmarken. Kurzkurs 2,50.** Deutsche Ido-Gesellschaft e4.V. 37284 Waldkappel-Burghofen, Thüringer Str. 3
Tel: 05656/634 Fax: 05656/1812 alfred.neussner@ido.li www.idolinguo.de

Impressum: ALTERNATIVEN– Zeitschrift für Liberalsoziale Ordnung – LSO – vertritt die Freiheitsziele des Liberalismus und Anarchismus und die Gerechtigkeitsziele der Weltreligionen, des Humanismus und Sozialismus. Hrsg.: Bürgerinitiative A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG Abo im A3W-Beitrag incl., Regelbetrag 30 E. i.J. Frei-Abo und Frei-Mitgliedschaften möglich, auch geringere Beträge. Zusätzliche Spenden steigern unsere Arbeit: mind. 56 Seiten i. J. – mind. 2 Sendungen. Konto: A3W – Alternativer dritter Weg – Nr. 31 000 12371 SpK ON BLZ: 850 501 00. Red: G. Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, T.: 05065/8132 - alternative-dritter-weg@t-online.de -www.alternativen.biz.- Druck J. Lühmann, 31167 Bockenem, Marktstr. 3.

T e r m i n e: GGB- Herbsttagung 28. – 30 Oktober – Stadthalle Lahnstein - Thema: Lebensfragen – Lebenswege, Programm und Einzelheiten: T. 02621 – 91 70 14

Hildesheim – Hannover – Braunschweig – Harz durch Mails über alternative-dritter-weg@t-online.de

Jahrestreffen des Fördervereins Humane Wirtschaft ist in der Silvio Gesell Tagesstätte in Wuppertal 4. – 6. 11. Anmeldungen, Programm www.foerderverein-nwo.de

Mündener Gespräche der SG soz. Wiss. Gesellschaft: 29. /30. 10.: Peak Oil und erneuerbare Energie --- 16. -18. 3. 2012: 150. Geburtstag Silvio Gesells. Kontakt: joerggude@aol.com

Köthen_Sachsen-Anhalt ab 3. 9. fast jedes Wochenende Seminare ü. alternative Wirtschaft – Friedr. Ebert Str. 17 – Villa Creutz Infos: gcn-globalchange now academy

Fortsetzung „Wieder einmal die verflixte letzte Seite“: Zur Frage der Fortsetzung der Arbeit von A3W, der Ausweitung des Programms, des richtigen Zeitpunkts wie des richtigen Namens für eine Wahlbeteiligung sollte auf der letzten Seite von Nr. 72 der Aufsatz „WARUM A3W nicht gemeinnützig anerkannt wird - ist sie eine Art Vorpartei?“ mit herangezogen werden. Dabei ist zu überlegen, dass lt. Bundswahlleiter vor 1 Jahr der Begriff DRITTER WEG als Parteiname noch frei war, aber jederzeit von anderen Gruppen besetzt werden kann, deren Ziele nicht mit unseren Inhalten übereinstimmen müssen. Hier gilt das Zugriffsrecht des ersten! Deshalb wäre eine vorsichtshalbere Besetzung des Begriffs durch Anmeldung beim BWL nicht verkehrt. Das Parteiengesetz gibt dann 6 Jahre Zeit die Bedingungen für Erhalt des Parteienstatus zu erfüllen, was derzeit bei HWP wie bei BZ in Frage steht. Die BI A3W ist durchaus bereit ihre Vorarbeiten dafür bereitzustellen Da bei HWP der Widerstand gegen den Begriff DRITTER WEG noch sehr stark ist, wird wohl abzuwarten sein, dass zur Landtagswahl 2013 in Sachsen abermals kein wesentlicher Fortschritt mit diesem Begriff zu erzielen ist. Das wäre dann ein 3. Steckenbleiben mit dem Begriff HWP bei 0,12% 2009 und bei 0,14% vor 4 Jahren in Berlin, dem im September 2011 dort aus org. Schwächen keine Wiederholung folgen wird. Immerhin könnte dann eine Gruppe als DRITTER WEG bereit stehen. (Damit wird keineswegs gesagt, dass für das Zeitungsprojekt HUMANE WIRTSCHAFT der Begriff nicht geeignet ist, wo es auf andere Kriterien ankommt) Es gibt ja in der HWP Kritik am Namen. Jedoch wurde beim letzten Parteitag die Rückkehr zu FSU-Freisoziale Union abgelehnt, der m. E. immer noch aussagekräftiger als HUMANWIRTSCHAFT ist. **Diese Frage wurde auch beim Geldkongress in Berlin zwar deutlich, konnte aber nicht mehr sinnvoll diskutiert werden. Es nahmen von den drei Parteien 2 teil, die VIOLETTEN, die HWP und A3W als eine Art Vorpartei. Die GCN, Global Change Now, sollte das Thema bei den Seminaren in Köthen b a l d aufnehmen.**

Zur Programmarbeit heranziehen aus Nr. 72 S. 5,6, A3W Vorstellung auf dem GELDKONGRESS mit dem neuen LOGO und Nr. 71, S. 5,6 Programm des Direktkandidaten Dr. F. Schepke und 7,8 „Über die NWO hinaus zur LSO – Liberalsoziale Ordnung“ – ebenso der Titeltext Nr.69/70 „Mit Gesell über Gesell hinaus“. --- Soweit vorhanden liegen diese Text bei oder können neu angefordert werden. Beil. Werbetexte zur EUROKRISE, zur STAATSVerschuldung, zum Selbstverständnis von A3W und mit den Umfragergebnissen zu „Es muss einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben, den 63% der Bürger Ost und 67% der Bürger West 2005 gut fanden, verteilen!!!

Der Versand der umfangreichen Vorschläge gegen die EUROKRISE an die Parteien CDU,FDP, SPD, GRÜNE, LINKE bis herunter zu Kreisverbänden kostet viel Geld. Ist politisch notwendig u. unsere Kasse braucht Nachschub. Das Konto von A3W lautet: Nr. 31 000 12371 SpK-ON – BLZ 850 501 00